



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Schluss mit Sonderopfern

Berufliche Bildung in Holland

Gewinnung von Führungs-
kräften im Schulbereich

Berufsbildungskongress:
Memmingens Schulen stellen
sich vor

Durch Gesundheit gute
Schule machen



Am 10. und 11. November 2006 findet unter dem Motto

**„Berufliche Schulen – Investitionen
in eine erfolgreiche Zukunft“**

der 8. VLB-Berufsbildungskongress in Memmingen statt.



HERAUSGEBER
 Hans Käfler, Landesvorsitzender,
 Verband der Lehrer an
 beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
 VLB Verlag e.V.
 Dachauer Straße 4, 80335 München
 Telefon: 0 89 - 59 52 70
 Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
 Internet: www.vlb-bayern.de
 E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION
 Hans Preißl
 Bergweg 1, 94051 Hauzenberg
 Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13
 Telefax: 0180 - 50 60 33 76 44 95
 E-Mail: preissl@vlb-bayern.de
 Martin Ruf
 Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
 Telefon: 09 31 - 66 14 15
 Telefax: 09 31 - 6 60 72 91
 E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG
 Andrea Götzke
 Telefon: 0 89 - 59 52 70
 Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
 E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
 Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
 Dachauer Straße 4, 80335 München

GESTALTUNG
 signum3 oHG
 Im Graben 6, 97204 Höchberg
 Telefon: 09 31 - 4 52 09 90
 Telefax: 09 31 - 4 52 75 98
 E-Mail: gc@signum3.de

DRUCK
 Böhler Verlag GmbH
 Seilerstraße 10, 97084 Würzburg
 Telefon: 09 31 - 6 34 31
 Telefax: 09 31 - 61 17 84

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS
 „VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
 Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG
 Die Kündigung kann bis drei Monate vor
 Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT
 Die veröffentlichten Beiträge sind
 urheberrechtlich geschützt.
 Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
 Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE
 Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
 durch die Redaktion als angenommen.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte
 übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, insbeson-
 dere Leserbriefe, müssen sich nicht
 mit der Meinung des Herausgebers und
 der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
 tationsdienst der Ständigen Konferenz der
 Kultusminister der Länder, im Dokumen-
 tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
 und im Dokumentationsring DOPAED
 bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS
 für Heft 10: 11. 09. 2006
 für Heft 11: 02. 10. 2006
 für Heft 12: 06. 11. 2006

ISSN 0942 – 6930

Thema des Tages

3 Hans Preißl: Schluss mit den Sonderopfern!

Bildungspolitik

4 Dietmar Leischner: Berufliche Bildung in den Niederlanden
 7 Dietmar Leischner: Überblick über das Bildungssystem der Niederlande
 8 Wolfgang Lamb: Gewinnung von Führungskräften im Schulbereich
 9 Deutscher Lehrerverband: Lehrstellenmisere ist ein Skandal erster Ordnung
 10 Prof. Hans Maier feiert seinen 75. Geburtstag

Dienstrecht

11 Pressemitteilung: Staatsregierung und Beamtenbund erörtern Eckpunkte
 12 Wolfgang Lamb: VLB überzeugender Sieger bei den Personalratswahlen

Lehrerbildung

11 Prof. Dr. Karl Wilbers neuer Inhaber des Lehrstuhls für
 Wirtschaftspädagogik in Nürnberg

Berufsbildungskongress

15 Memmingsen Schulen stellen sich vor

Die Lehrerseite

17 Karl Raab und seine Tour de France

Pädagogik und Unterricht

19 Michael Wolf: Übungsfirmen wurden zertifiziert
 20 Martin Ruf: Deutscher Werberat – Proteste bewirken Rückzug
 21 Pressemitteilung: Projekt Mitarbeiter machen Schule

Schulentwicklung

22 Eva Schorer: Durch Gesundheit gute Schule machen
 23 Peter Allmansberger: Modellversuch Segel-bs nimmt Fahrt auf
 28 Dr. Gerhard Kellner:

Aus dem Verbandsleben

Kreisverbände

28 KV Nürnberg

Fachgruppen

28 FG Agrarwirtschaft; FG Sozialkunde

Senioren

29 Berthold Schuler: Ein Skandal mit verheerenden Langzeitfolgen
 32 Berthold Schramm: Maiausflug der oberfränkischen Senioren

Personalien

33 Termine

Beilage: Bitte beachten Sie die Beilage des Versicherungskontors Elke Wiedmann

Titelfotos: Stadt Memmingen und FOS / BOS Memmingen

Schluss mit den Sonderopfern!

HANS PREISL

Zurzeit erfahren Lehrer besonders
 schmerzvoll, wie ohnmächtig sie poli-
 tischen Entscheidungsträgern ausgelie-
 fert sind. Als Beamte werden Pädago-
 gen wehrlose Opfer einfallloser Rot-
 stiftregenten sowohl auf Bundes- als
 auch auf Landesebene.

- Die Umsatzsteuererhöhung erhal-
 ten Arbeitnehmer über reduzierte
 Beiträge zur Arbeitslosenversiche-
 rung wenigstens teilweise zurück,
 nicht die Beamten.
- Der Lehrer verrichtet einen Teil sei-
 ner Arbeit zu Hause. Für seinen Ar-
 beitgeber richtet er dafür einen Ar-
 beitsplatz ein und finanziert ihn. Ein-
 en kleinen Teil der Kosten konnte
 er bisher steuerlich geltend machen,
 diese Möglichkeit soll ihm genom-
 men werden.
- Innerhalb weniger Jahre gab es drei
 Verlängerungen der Arbeitszeit.
- Die Einstellungspraxis macht den
 Lehrerberuf so unattraktiv, dass der
 Nachwuchs nicht im Entferntesten
 gesichert werden kann.
- Seit 2004 gewährt der Dienstherr in
 rechtswidriger Weise keine Anpas-
 sung der Bezüge mehr.

Mit den Arbeitszeitsprüngen und
 den finanziellen Einbußen ist das En-
 de der Belastungs-Fahnenstange aber
 noch keineswegs erreicht. Niemandem
 wurde eine derartige Ausweitung des
 Aufgabekataloges zugemutet wie den
 Lehrern:

- Die lernfeldorientierten Lehrplä-
 ne übertragen den größten Teil der
 Curriculumsarbeit auf die Schu-
 len. Dafür gibt es weder Entlastun-
 gen noch Unterstützung. Die Rah-
 menbedingungen, von denen solche
 Lehrpläne ausgehen, sind nicht ge-
 schaffen.
- Die Bewältigung des Bürokratie-
 monsters Büchergeld wurde den
 Schulen aufgehalst, um die befürch-
 teten Kosten nach dem Konnexitäts-
 prinzip gering zu halten.
- Zeitaufwändige Schulentwicklungs-
 prozesse müssen nebenher initiiert
 und in Gang gehalten werden.

- Der Kooperationsbedarf hat ganz
 erheblich zugenommen (u.a. Lern-
 ortkooperation).
- Die viel propagierte Eigenverant-
 wortung der Schulen wird zum Eti-
 kettenschwindel, wenn zwar im-
 mer mehr Aufgaben an die Schu-
 len durchgereicht werden, dafür
 aber keine Ressourcen bereit ste-
 hen. Trotz aller gegenteiligen Beteu-
 erungen missbraucht die bayerische
 Politik Schule immer wieder als Re-
 paraturbetrieb für gesellschaftliche
 Fehlentwicklungen. Davon werden
 wir ab dem kommenden Schuljahr
 gleich doppelt betroffen sein.
- Die gerade von der bayerischen
 Staatsregierung forcierte Medien-
 politik zeitigt Auswüchse, die nun
 zum Betätigen der Notbremse nö-
 tigt. Bayerische Schulen bekommen
 ein generelles Handyverbot.
- Weil man bei der Tabakpräventi-
 on überall gekniffen hat, wo es Sinn
 macht (Subvention, Werbung, Auto-
 maten) greift man nun zu einem ver-
 meintlich öffentlichkeitswirksamen
 Placebo: Rauchverbot an Schulen.
 Es erscheint doch recht weltfremd,
 davon auszugehen diese generellen
 Verbote könnten mit vertretbarem
 Aufwand durchgesetzt werden. Ne-
 benbei desavouieren sie alle pädago-
 gischen Bemühungen im Umgang mit
 Suchtstoffen und Medien.
 Ob dieser Zumutungen darf es nie-
 manden wundern, wenn sich die Mo-
 tivation eines großen Teils der Koll-
 eginen und Kollegen dem Nullpunkt
 nähert. Der Raubbau zerstört auch bei
 höchstem Lehrerehos den letzten päd-
 agogischen Idealismus.
 Der Politik bieten sich jetzt zwei
 Gelegenheiten gegenzusteuern: Der
 schwer umkämpfte TVöD (Tarifvertrag
 öffentlicher Dienst) hat den Freistaat
 Bayern bei dem Versuch eingebremst,
 flächendeckend eine 42-Stundenwoche
 einzuführen. Die komplizierte Formel
 in dieser Frage bringt eine Arbeitszeit
 von knapp unter 40 Stunden. Nun ar-
 beiten die bayerischen Beamtinnen und
 Beamten aber seit 2004 42 Stunden. Die
 Staatsregierung betont immer wieder

den notwendigen Gleichklang der Be-
 schäftigtengruppen. Das bedeutet, dass
 die Arbeitszeit für die Beamten und
 damit für die Lehrer gesenkt werden
 muss. Aus der Staatskanzlei verlautet,
 dass über eine Kompensationslösung zu
 Gunsten der Beamten gesprochen
 werden müsse. BBB-Chef Habermann wird
 sich am 25. Juli mit dem Ministerpräsi-
 denten treffen, um entsprechende Ge-
 spräche zu führen. Habermann fordert
 ja zu Recht: „Ein schnellstmöglicher
 Ausgleich muss her!“ Deshalb darf er
 sich keinesfalls auf ein Spielchen einlas-
 sen, das von der Regel „Haushaltsver-
 träglichkeit“ dominiert wird.

Die zweite Chance für eine Kehrt-
 wende ergibt sich beim sog. Weih-
 nachtsgeld. Dieses ehemalige 13. Mo-
 natsgehalt wurde ja auf 65 Prozent zu-
 sammengestrichen. Das Gesetz regelt
 die Gewährung der jährlichen Sonder-
 zuwendung nur bis zum 31. Dezember
 2006. Deshalb muss der Landtag spä-
 testens im Herbst über eine Fortfüh-
 rung entscheiden. Das Eckpunktepä-
 pier von Ministerpräsident Stoiber und
 Finanzminister Falthausen bietet an,
 die Sonderzahlung im reduzierten Um-
 fang bis 2009 weiterzahlen. Damit wä-
 re lediglich eine Bestandssicherung auf
 dem gekürzten Niveau erreicht. Der
 Hauptvorstand des BBB plädiert dafür
 zum 13. Monatsgehalt zurückzukehren.
 Diese Forderung erscheint höchst be-
 rechtigt. Sie will nämlich nur zurück,
 was den Beamten im Lauf der Jahre
 weggenommen worden ist.

Es ist allerhöchste Zeit die leistungs-
 feindliche und demotivierende Poli-
 tik zu beenden. Demnächst wird Bay-
 ern die alleinige Zuständigkeit für die
 Bezüge seiner Beamten haben. Der
 Freistaat hat als eines der größten und
 wohlhabendsten Bundesländer eine
 Vorbildfunktion im Umgang mit den
 Staatsdienern, denen in der jüngsten
 Zeit ein Sonderopfer nach dem ande-
 ren abverlangt worden ist. Diese Vor-
 bildfunktion darf sie nicht dazu miss-
 brauchen, sich weitere Spielräume im
 Haushalt zu schaffen.

Deshalb gibt es bei der Primärfor-
 derung Harmonisierung der Arbeits-
 zeit keinen Verhandlungsspielraum: **42
 Stunden Wochenarbeitszeit sind und
 bleiben zu viel!**

VLB-Studienreise

Schul-Autonomie und hohe Wertschätzung der Beruflichen Bildung in den Niederlanden

DIETMAR LEISCHNER

Das Ziel der diesjährigen Studienreise des Bildungs- und Förderungswerkes des VLB nach Den Haag war das Kennenlernen des niederländischen beruflichen Bildungssystems mit seinen spezifischen Besonderheiten.

Der Generalkonsul der Niederlande in Deutschland, Kornelis Spaans, begrüßte jeden Teilnehmer mit einem persönlichen Schreiben, in dem er drei wichtige Aspekte der beruflichen Bildung der beiden EU-Länder – Deutschland und Niederlande – ansprach:

- die Internationalisierung der Berufsausbildung,
- Förderung des Austausches unter niederländischen und deutschen Schülern, Studenten und Lehrkräften sowie
- die Erweiterung der bestehenden Netzwerke.

Durch Kontaktaufnahme mit dem „Haque office of the Europees Platform“ – einer Stiftung des Unterrichtsministeriums der Niederlande – ist es gelungen, ein umfangreiches Programm für die 5-tägige Studienreise zu erstellen und umzusetzen.

Diese Europees Platform hat mit seinen 45 Mitarbeitern insbesondere die Aufgabe, Bildungsangelegenheiten im Rahmen der EU-Vereinbarungen im eigenen Land und im Ausland transparent zu machen, internationale Begegnungen zu fördern, Planungen im Bildungsbereich, Austausch-Programme für Schulen des Primar- und Sekundarunterrichts zu bearbeiten, zu organisieren, durchzuführen und zu evaluieren.

Die niederländische Regierung als „Bildungsmotor“ setzte für die nächsten Jahre folgende Schwerpunkte:

- finanzielle Förderung der beruflichen Zertifikate (VMBO und MBO)

- Computer für jedes Schulkind bis 2006
 - Elternmitsprache auf freiwilliger Basis
 - freie Entscheidung der Schulen über die Gestaltung des Unterrichts
 - Mitentscheidung der Elternversammlung bei wichtigen Entscheidungen
 - größere Mitsprache der Schüler und Studenten
 - Private Schulen müssen ethnische Minoritäten zulassen, wenn die Eltern die Schulziele respektieren.
 - Hochschulabsolventen müssen Studenten-Darlehen im Verhältnis zu ihrem Einkommen zurückzahlen.
- Wesentliche Schwerpunkte im niederländischen Bildungssystem werden im Folgenden kurz dargestellt. So spielt das Internet in der Erziehung und Bildung eine immer größere Rolle.

Kennisnet – das „Herz für Erziehung und Bildung“

Der Staat hat das Kennisnet als Internet-Service für alle Unterrichtsbereiche eingerichtet.

Beim Besuch dieser Institution konnte sich die Gruppe vom vielseitigen Aufbau und von der Intensivität des Kennisnet überzeugen.

Das Informations- und Beratungssystem – nationalweit organisiert – kann von allen niederländischen Schulen, Instituten, Lehrern, Erziehungspersonal, Eltern und Schülern genutzt werden. Es wurde 2003 gegründet und wird vom Unterrichts- und Erziehungsministerium unterstützt und finanziert.

Jeder Niederländer kennt dieses Internet-System mit den professionellen Angeboten; pro Tag werden zurzeit ca. 1,2 Millionen Anfragen registriert. Die vielfältigen Service-Leistungen und Beratungen von Kennisnet sind z.B.:

- Service-Leistungen für alle allgemein bildenden Schulen und Fachhochschulen
- für die verschiedenen Schulen werden Webseiten eingerichtet (Webkonferenzen)
- Information und Beratung über Internet sind für Schulen, Lehrer/Schulleitung, Eltern und Schüler möglich
- geeignet für Nachhilfe
- Angebote von Unterrichtseinheiten und Unterrichtsmethoden
- Erziehung von Jugendlichen zur positiven Gestaltung der Lebensbereiche (Freizeit)
- und der Versuch, Gewalt, Drogen- und Alkoholmissbrauch zu vermeiden



Die Reisegruppe vor dem Gebäude der Europees Platform.



Teilnehmer diskutieren über die Bedeutung des Kennisnet für die beruflichen Schulen.



Vorbereitung der praxisorientierten Projekte im Unterricht der VMBO-Schule. Fotos: Erich Baumann

- tägliche Unterstützung des Lernprozesses mit Hilfe von Computer und Lerntechniken
- Möglichkeit der Anwendung auch für deutsche Schulen

Schul-Autonomie

Die Autonomie der Schule (Freiheit des Unterrichts) ist in der Verfassung der Niederlande verankert, so dass jede Personengruppe mit bestimmten religiösen, weltanschaulichen oder pädagogisch-didaktischen Überzeugungen eine Schule gründen kann. Dadurch gibt es in den Niederlanden verschiedene private Schulen (katholische, evangelische, jüdische, islamische und hinduistische Schulen, Rudolf-Steiner-, Waldorf-, Montessori- und Daltonschulen).

Herr Jan Lutje Schipholt (Europees Platform) meinte, dass der „Wettbewerb der Schulen“ typisch für das niederländische Schulsystem sei, da etwa 65 Prozent der Schulen Privatschulen (als Stiftungen gegründet) sind. Wenn genügend Schüler (mindestens 300) und Lehrer vorhanden sind, können 28 Personen eine Schule stiften. Das Ministerium muss die Schule entsprechend den Vorgaben finanzieren.

Neben den zahlreichen Privatschulen gibt es öffentliche Schulen, die meistens von den Kommunen getragen werden. Finanzierung und Unterrichtsgestaltung werden von den Schulen geregelt. Der Staat stellt nur bestimmte qualitative Anforderungen auf, die in staatlichen Prüfungen nachgewiesen werden müssen. Das staatli-

che Inspektortat überprüft, ob diese Vorgaben eingehalten werden.

Der Schulbesuch ist nicht kostenlos. Je nach Art des Schulbesuchs, Qualifikationsstufe und Alter der Schüler muss Schulgeld bezahlt werden, das vom Staat jedes Jahr festgelegt wird.

Hohe Differenzierung im Schulwesen

Durch die zahlreichen Schularten mit speziellen Unterrichtskonzepten entsteht eine hohe und vielfältige Differenzierung, die durch vertikale und horizontale Übergänge in andere Bildungsgänge und Schularten verstärkt wird (Durchlässigkeit). Dies zeigt sich besonders in der zwei- bis dreijährigen „Grundbildungsphase“ (Orientierungsstufe) der Schulen.

Eine weitere Differenzierung ergibt sich in der Verzahnung von Allgemeinbildung und Berufsbildung mit vier Niveau-Stufen. Außerdem erfolgt eine Einteilung der Schüler in sechs Niveaus (das höchste Niveau = gymnasial).

Vertiefte Einblicke und umfangreiche Informationen erzielte die Reisegruppe durch den Besuch verschiedener Bildungszentren:

Besondere Wertschätzung der Beruflichen Bildung am Beispiel des Stedelijk College, Zoetermeer

Da der Staat auf die berufliche Bildung ein besonderes Augenmerk richtet, werden zum Beispiel 12- bis 16-jährige Schüler in den VMBO-Schu-

len – Realschulen oder Zwischenformen Hauptschule/Realschule – an berufliche Tätigkeiten herangeführt. Es ist eine frühzeitige und starke Berufsorientierung und Entwicklung von Fähigkeiten in verschiedenen Berufsbereichen. Je nach Größe und Unterrichtskonzeption der Schule werden in den Schulwerkstätten praxisbezogene Inhalte vermittelt, die in zahlreichen Berufs-Modulen organisiert sind. Eine Klasse wird in kleinere Gruppen aufgeteilt und in einem rotierenden Verfahren modular und praxisbezogen in sehr gut ausgestatteten Werkstätten unterrichtet. Daneben bietet sich den 12- bis 16-jährigen Schülern auch die Möglichkeit, den theoretischen Bildungsgang der VMBO-Schule zu wählen („algemeener leerweg“).

Praxisorientierte Ausbildung erfolgt auch in den zwei- bis vierjährigen Berufsfachschulen (BBL) sowie im „Berufsbildenden Sekundarunterricht“ (Ausbildung mit Praktikum in der BOL = Berufsoberschule/Agrarwirtschaft).

Diese frühzeitig einsetzende und umfangreiche berufsvorbereitende Bildungsmöglichkeit fand großen Anklang bei den Teilnehmern.

Wellant-College – ein Berufsschulzentrum

Der Besuch dieses staatlichen Berufsschulzentrums vermittelte vielfältige Informationen über das berufliche Schulsystem, Schulmanagement, die Unterrichtsorganisation und Lehrerbildung in den Niederlanden.

Im Wellant-College sind 28 berufliche Schulen in der Region Den Haag organisiert, die von ca. 14 000 Studenten/Schülern und 10 000 Kursteilnehmern besucht werden. 1400 Beschäftigte (Lehrkräfte, technische und Verwaltungsangestellte) regeln den Schul- und Unterrichtsbetrieb.

Den Unterricht können Jugendliche ab 16 Jahre besuchen; er erfolgt in Vollzeitform (Berufsober- schule = Ausbildung mit Praktikum) oder in Teilzeitform (Berufsfachschu- len = praxisorientierte Ausbildung mit Lehrstelle).

Angeboten werden Ausbildungsgänge in acht Fachrichtungen (Natur und Landwirtschaft, Tierzucht, Ernährung und Gastronomie, Maschinentechnik, Medien-Design, Freizeit und Tourismus, Handel und Wirtschaft sowie Gesundheitswesen).

In den genannten Fachrichtungen (MBO-Ausbildungen) mit zahlreichen Berufen können über vier Niveaus „gestaffelte“ Qualifikationen erreicht werden:

- Niveau 1: Assistent des Berufsinhabers,
- Niveau 2: Mitarbeiter bzw. Basisberufsinhaber,
- Niveau 3: selbständiger Mitarbeiter bzw. selbständiger Berufsinhaber,
- Niveau 4: Mitarbeiter im mittleren Dienst/spezialisierter Berufsinhaber.

Daneben existieren auch duale Ausbildungsgänge (vier Tage Arbeit und ein Tag Schule) sowie Kurse und Praktika.

Eine „kompetenzgerechte Qualifizierungsstruktur“ ist die Grundlage für den Stundenplan.

Es werden Allgemeinwissen, Fachwissen, praktische Fähigkeiten und Verhalten der Jugendlichen berücksichtigt. Es werden Projekte aus der Praxis dargestellt, in Teamarbeit durchgeführt und besprochen. Betreuer unterstützen die Schüler.

Unternehmen arbeiten am Gesamtplan mit (einschließlich Finanzierung und notwendige Einrichtungen für die Schulwerkstätten). Für die Ausbildung werden Praktika organisiert; nur zertifizierten Betrieben wird

Hermann Sauerwein dankt Jan Schipolt für die ausgezeichnete Betreuung. Von links: Jan Schipolt, Hermann Sauerwein, Hans Käfler und Franz Thurner.

Foto Erich Baumann



gestattet, einen Praktikanten auszubilden. Nach ISO 9001 entstehen viele Teilqualifikationen.

In der Lehrerbildung kennt man zwei Arten von Ausbildungen und Einstufungen:

1. Die Lehrer, die an Primarschulen und in der Sekundarstufe I (Hauptschulen und Realschulen) unterrichten, nehmen nach Abschluss der HAVO oder des Gymnasiums das Lehrstudium an einer Fachhochschule auf und schließen es mit dem Bachelor ab.
2. Die Lehrer an Gymnasien und Beruflichen Schulen haben Abitur am Gymnasium und studieren fünf Jahre an einer Hochschule/Universität (Master).

Jeder Lehrer kann mit der Schule – je nach Angebot und Nachfrage – einen Vertrag schließen mit unterschiedlichen Unterrichtsverpflichtungen. Bei einem „Vollzeit-Vertrag“ sind 1659 Stunden pro Jahr vorgegeben; darin enthalten sind 850 Stunden Unterricht, Stunden für Verwaltungsarbeit, Dienstaufgaben und Pflicht zur Weiterbildung außerhalb des Unterrichts. Die Beurteilung des Lehrers erfolgt nach Plan in regelmäßigen Abständen, wobei der Schulleiter in Gesprächen mit dem jeweiligen Lehrer, anderen Lehrkräften und Schülern die Beurteilung vornimmt. Das Gehalt wird gemäß Tarifvertrag vom Staat bezahlt.

Trotz weitreichender Autonomie der Schule ist der Schulleiter gegenüber der vorgesetzten Dienststelle (Schulaufsicht) sowie dem Aufsichtsrat seines „Unternehmens“ verantwortlich. Inspektoren kontrollieren bzw. überprüfen die Kompetenz und

Leistungen des Schulleiters und der Schule.

Die Haager Hochschule (HBO) – eine internationale Dimension

Die Haager Hochschule mit über 20000 Studenten – eine der größten und auch modernsten Fachhochschulen des Landes – arbeitet über das „Surf-Net“ mit anderen Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten der Niederlande sowie mit über 150 internationalen Partner-Institutionen zusammen. Bachelor-Studiengänge werden für alle Fachrichtungen (Wirtschaft und Management, Sozialwissenschaften, Gesundheitswesen, Informations- und Kommunikationstechnik, Pädagogik/Lehrerausbildung, Metall- und Maschinenbautechnik, Elektrotechnik, Bautechnik, Industrie-Management und Design, Holztechnik und andere) angeboten. Partner der Hochschule sind Basisschulen, Sekundarschulen, MBO-Schulen und die Industrie, die Ideen und Angebote einbringt. Den Studenten, die einen Abschluss der MBO- oder HVO-Schulen haben, bieten sich viele Aufgabenbereiche; sie können während des Studiums arbeiten wie in der Industrie (learning by doing). Das Studium ist nicht kostenlos. In der Regel müssen die Studenten bei einem Vollzeitstudium zurzeit ca. 1300 bis 2000 Euro pro Jahr bezahlen.

Internationaler Schüler- und Lehreraustausch

Bei der Abschlussdiskussion und Evaluation zum niederländischen Bildungssystem wurde von den Vertretern der Europees Platform und den Schulleitern beider Länder der

Wunsch geäußert, die im Rahmen der EU-Austauschprogramme für Schüler und Lehrkräfte der beruflichen Schulen bestehenden Möglichkeiten zu nutzen. Als Beispiele wurden einige berufliche Schulen Bayerns genannt, die bereits Kontakte aufgebaut und genutzt haben.

Im Namen aller Teilnehmer dankte der Leiter der Reisegruppe und Ehrenvorsitzende des VLB, Hermann Sauerwein, den Vertretern der Europees Platform, Herrn Jan Lutje Schipholt und Herrn Hans Beijersber-

gen, für die sichere Führung und die umfangreichen Informationen über die Niederlande und das dortige Bildungssystem. Der Reisegruppe dankte er für das kollegiale Miteinander und die engagierten Diskussionsbeiträge vor Ort.

Am Ende des Seminars erfolgte eine Besichtigung der Altstadt von Den Haag (Königspalast, Parlamentsgebäude etc.). Die Heimreise erfolgte über die „ferry Maasluis“, Hellevoetsluis, den Delta-Damm, Zieriksee/Provinz Zeeland und Maastricht. <

Hochdifferenziertes Schulwesen:

Das Bildungssystem in den Niederlanden im Überblick

DIETMAR LEISCHNER

Das Bildungssystem hatte sich in viele Aufgabenbereiche gegliedert. Die Überarbeitung und Umstrukturierung wurde im Jahre 1990 durch die Neuordnung der Schulaufsicht beendet. Im Schuljahr 1999/2000 erfolgten weitere Veränderungen im Sekundarbereich.

Durch die in der Verfassung verankerte Freiheit des Unterrichts haben alle Einwohner der Niederlande das Recht, auf der Grundlage ihrer Religion, ihrer Weltanschauung oder bestimmter pädagogisch-didaktischer Konzepte staatlich finanzierte Schulen zu gründen.

So besuchen in den Niederlanden ca. 2/3 aller Schüler eine Privatschule.

Die Freiheit des Unterrichts bezieht sich auch auf die Gestaltung des Unterrichts. Durch Regelungen des Ministeriums werden bestimmte qualitative Anforderungen aufgestellt, die in staatlichen Prüfungen nachgewiesen werden müssen. Außerdem gibt es ein ausgeprägtes System der Schulevaluation.

Vorschule und Schulpflicht

Seit 1986 besteht kein eigenes System der Vorschulernziehung mehr. Der zweijährige Vorschulunterricht wurde

in den Primarbereich integriert. Die Primarstufe umfasst acht Schuljahre und wird von allen 4- bis 12-jährigen besucht.

Die Schulpflicht beginnt im Alter von fünf Jahren und endet entweder nach zwölf Jahren Vollzeitschulpflicht (acht Jahre Primarschule und vier Jahre Sekundarbildung) oder mit Vollendung des 16. Lebensjahres. Im Anschluss daran besteht eine einjährige Teilzeit-Schulpflicht für Jugendliche, die einen Berufsausbildungsvertrag abgeschlossen haben.

Sekundarschulen

Nach der Primarschule sind alle Schüler/Schülerinnen verpflichtet, mindestens 4 Jahre eine Sekundarschule zu besuchen. Zwischen folgenden Schularten ist zu unterscheiden, wobei jeweils die ersten zwei oder drei Jahre in Form einer „Grundbildungsphase“ organisiert sind (Übergangsphase bzw. Orientierungsstufe).

- Der studienvorbereitende Sekundarunterricht (vorwissenschaftlicher Unterricht im Gymnasium/Lyzeum = VWO) dauert 6 Jahre und bereitet auf die Universität bzw. Fachhochschule vor.

- Der Allgemeinbildende Sekundarunterricht wird auf einem mittleren

und einem höheren Niveau vermittelt. Der Mittlere Allgemeinbildende Sekundarunterricht (VMBO) dauert 4 Jahre, ist auf eine Berufsvorbereitung ausgerichtet und wird in einer MBO(Berufsfachschule bzw. Berufsober- schule) fortgesetzt;

- der Höhere Allgemeinbildende Sekundarunterricht (HAVO) umfasst 5 Schuljahre (Zwischenform von Realschule und Gymnasium); der Abschluss berechtigt zum Studium an einer FH.
- Der Berufsbildende Sekundarunterricht (BOL) dauert 4 Jahre und ist in den letzten zwei Schuljahren fach- und berufsbezogen mit Praktika organisiert.

Betriebliche und schulische Berufsausbildung

Für Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren besteht die Möglichkeit, ihre einjährige Teilzeitschulpflicht zu erfüllen oder eine betriebliche und schulische Berufsausbildung anzustreben.

Mit einem BOL- oder VMBO-Abschluss kann der Mittlere Berufsbildende Sekundar-Unterricht (MBO) besucht werden. Nach vier Jahren wird der Abschluss im gewählten Berufsfeld abgelegt.

Das System der Lehrlingsausbildung ist vergleichbar mit dem dualen Ausbildungssystem in Deutschland, wobei die Lehrlinge einen Ausbildungsvertrag über drei bis vier Jahre abschließen.

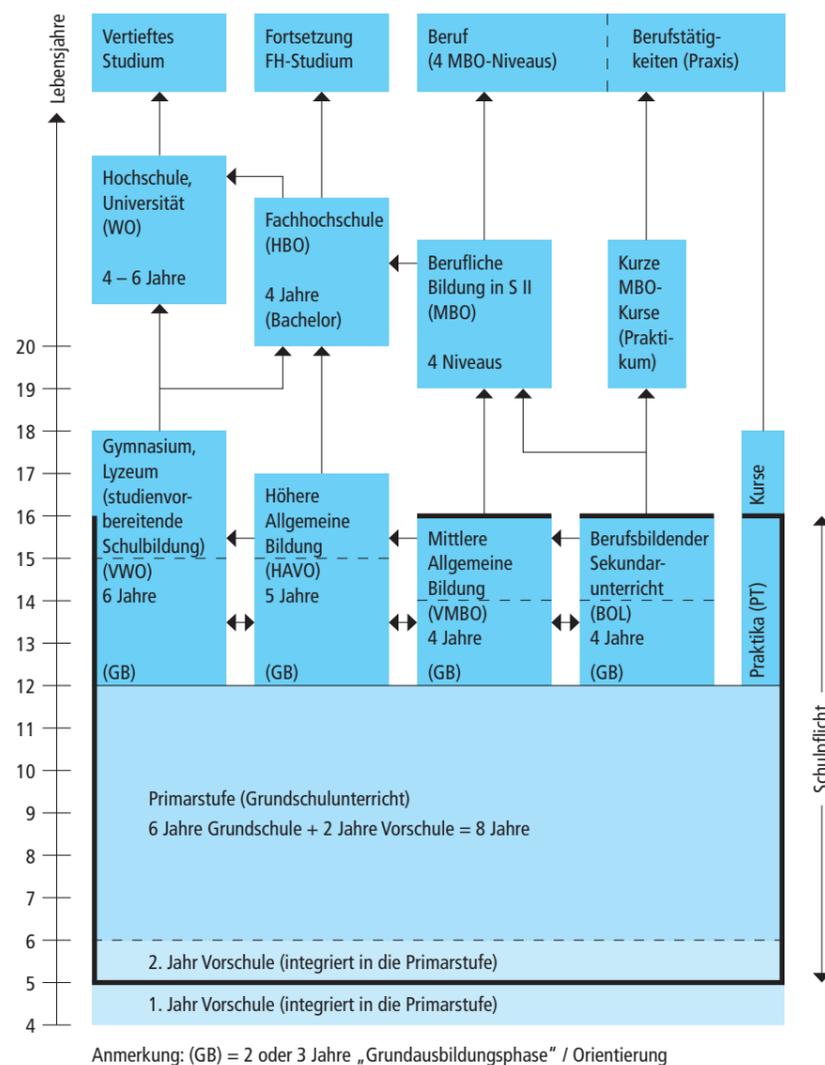
MBO-Kurse dauern zwei Jahre und umfassen allgemeinbildende Fächer, eine berufliche Grundbildung sowie die Vermittlung praktischer Arbeitserfahrungen – auch als Vorbereitung auf eine weiterführende betriebliche und schulische Berufsausbildung. Am Ende der Grundausbildung erfolgt eine Prüfung.

MBO-Ausbildungen können über 4 Niveaus zu gestaffelten beruflichen Qualifikationen führen (Assistent, Basisberufsinhaber, selbständiger Mitarbeiter, spezialisierter Berufsinhaber/Mitarbeiter im mittleren Dienst).

Andere Ausbildungen

Um arbeitslosen Jugendlichen eine Stelle oder Berufstätigkeiten zu ver-

Die Struktur des Bildungssystems in den Niederlanden



KM unterbreitet Vorschläge: Wie gewinnt man qualifizierte Führungskräfte im Schulbereich?

WOLFGANG LAMBL

Der Bayerische Landtag hat am 30. März 2006 auf Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Eduard Nöth, Ingrid Heckner und anderen folgenden Beschluss gefasst:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Schulbereich ein besseres Auswahlverfahren für Führungskräfte zu entwickeln und baldmöglichst den Ausschüssen für Bildung, Jugend und Sport und für Fragen des öffentlichen Dienstes vorzustellen. Geeignete Lehrkräfte sollten rechtzeitig angeworben und qualifiziert werden, ehe sie in Funktionsstellen berufen werden.“

Im Folgenden werden auszugsweise die Vorstellungen des Kultusministeriums, die den Ausschüssen für den Öffentlichen Dienst und für Bildung, Jugend und Sport zum Thema „Qualifikation und Auswahl von pädagogischen Führungskräften“ vorgetragen wurden, wiedergegeben.

Das Konzept

Es sieht zunächst die Weiterentwicklung der Qualifikation von pädagogischem Führungspersonal vor. Die Qualifikationsinhalte werden in Module gegliedert, die einer berufsvorbereitenden Phase (vor dem Antritt eines Führungsamts) und zwei berufsbegleitenden Phasen (unmittelbar nach dem Amtsantritt bzw. daran anschließend) zugeordnet werden.

Die Qualifikation vor Amtsantritt wird im Umfang von 10 Tagen obligatorisch. Sie kann entweder durch führungsrelevante Lehrgänge, oder auch durch die Bewährung in einem Amt der mittleren oder oberen pädagogischen Führungsebene erworben werden.

Die Ergebnisse der Qualifikation sollen Teil des Auswahlverfahrens (zweiter Abschnitt) werden. Über die Gewichtung der Module bzw. des be-

rufsbedingten Kompetenzzuwachses entscheidet die auswählende Instanz.

Auch die Ausschreibungen für pädagogische Führungsämter werden in Zukunft die Pflicht zur Vorqualifikation durch führungsrelevante Lehrgänge einfordern.

Um eine passgenauere Verwendung der Bewerber zu unterstützen, sollen die Ausschreibungen zusätzlich spezifische Führungskompetenzen, Aufgaben und Anforderungen sowie – soweit möglich – Elemente des Profils der aufnehmenden Schule enthalten.

Kompetenzen von pädagogischen Führungskräften

Des Weiteren werden diese Ausschreibungen einen generellen Katalog von Kompetenzen einer pädagogischen Führungskraft enthalten, die in Anlehnung an die oben aus den Richtlinien für die dienstliche Beurteilung und den Führungskräftestandards entwickelten Rollen und Aufgaben formuliert sind.

Dazu können etwa gehören:

- Fähigkeit zur Führung durch das eigene Vorbild
- Fähigkeit zum Setzen innovativer Impulse
- Festlegung von Zielen und Prioritäten, die nicht nur auf messbare Arbeitsergebnisse abstellen, sondern auch Arbeitsumfeld und Zusammenarbeit einbeziehen
- Fähigkeit und Bereitschaft zur sinnvollen und zweckmäßigen Gestaltung der Arbeits- und Kommunikationsabläufe
- Fähigkeit zur sachgerechten Delegation von Aufgaben und Verantwortung
- Bereitschaft zur Förderung der Motivation und Einsatzbereitschaft der Lehrkräfte

Anforderungen an pädagogische Führungskräfte

Neben den Kompetenzen beschreiben die Ausschreibungen auch die führungsrelevanten Aufgaben sowie nach Möglichkeit auch Anforderungen an die Qualifikation, um die Praxisrelevanz weiter zu verstärken. Bei der Formulierung kann man sich

an Beispielen wie den folgenden orientieren:

- Pädagogische und organisatorische Leitung der Schule
- Personalführung und Personalentwicklung (Unterrichtseinsatz, Übertragung von Dienstaufgaben und Funktionstätigkeiten, Koordination der Fortbildung, Dienstliche Beurteilung)
- Steuerung der pädagogischen Schulentwicklung und der schulischen Qualitätsentwicklung . Schulprogrammarbeit . Kooperation mit der Schulaufsicht sowie mit Elternbeirat, Schülermitverantwortung, Aufwandsträger
- ausgeprägte pädagogische Fähigkeiten
- erfolgreiche Unterrichtstätigkeit
- mehrjährige Erfahrung in organisatorischen und - ggf. – Führungsaufgaben (z.B. Funktionstätigkeit)
- Erfüllung der Fortbildungsverpflichtung, insbesondere zu führungsrelevanten Themen
- Erfahrungen in der Schulentwicklung
- gründliche Kenntnis des Schulrechts
- hohe Belastbarkeit

Um die passgenaue Verwendung der Bewerber an Schulen noch weiter zu unterstützen, können die Ausschreibungen zusätzlich fakultativ Elemente des Profils der aufnehmenden Schule (nicht nur der Ausbildungsrichtung) enthalten. Wo sich die Leitungsaufgaben von Schule zu Schule nicht wesentlich unterscheiden lassen (im Volksschulbereich bei 80 % der Schulen), werden nur in besonderen Fällen Angaben gemacht, wie z.B. „Schule mit Hort“, „schwieriges soziales Umfeld“.

Qualifikationspflicht

Bisher sind die Ergebnisse der Staatsprüfung und die dienstliche Beurteilung einschließlich der Verwendungseignung entscheidende Kriterien beim Auswahlverfahren. Jetzt kommt das Portfolio, das eine Liste der besuchten führungsrelevanten Fortbildungen samt Teilnahmenachweisen enthält, als wesentliche Informationsgrundlage für die auswählende Instanz hinzu.

Dieses Portfolio ist den Bewerbungsunterlagen beizufügen.

Mit dem Portfolio weist der Bewerber anhand von Teilnahmebescheinigungen bzw. Zertifikaten den Besuch von führungsrelevanten Lehrgängen im Umfang von zehn Tagen (außerhalb der regulären Fortbildungsverpflichtung) nach.

Die Lehrgänge sollen Inhalte aus dem Modul A abdecken; dabei wird die Teilnahme am Orientierungslehrgang besonders empfohlen.

Über die Gewichtung der Lehrgangsinhalte entscheidet die auswählende Instanz. Sie berücksichtigt auch, inwieweit die erfolgreiche Tätigkeit in einem Amt der mittleren oder oberen pädagogischen Führungsebene auf den geforderten Lehrgangsumfang angerechnet werden kann.

Finanzmittel

Eine Ausweitung des führungsrelevanten Lehrgangsangebots – speziell der Orientierungslehrgänge – hätte trotz der vorgesehenen Eigenbeteiligung der Teilnehmer einen erheblichen Mehrbedarf an Finanzmitteln zur Folge.

Um die Gesamtkosten in Grenzen zu halten, ist der Besuch des Orientierungslehrgangs mit einer Beteiligung der Teilnehmer an den Lehrgangskosten verbunden (120 Euro). Eine Gebühr in vergleichbarer Höhe ist für den Bezug der E-Learning-Materialien „Die ersten 100 Tage“ für den virtuellen Lehrgang zu entrichten.

Ausgehend von der Annahme, dass sich je Schulleiterstelle 3 Lehrkräfte bewerben, müssten bei 400 Ausschreibungen pro Jahr ca. 60 Lehrgänge (mit je 20 Teilnehmern) eingeplant werden. Dafür fallen auch bei der beabsichtigten Verkürzung von 4 auf 2,5 Tage ca. 4500 Euro Kosten je Lehrgang an (für Beobachterhonorar, Fahrtkosten, Unterkunft, Verpflegung). Die Gesamtkosten von gut 270000 Euro betragen nach Abzug der Einnahmen der ALP (wegen der Eigenbeteiligung) von 140000 Euro etwa 126000 Euro.

Die Ausweitung der Qualifizierungslehrgänge und der Initiativen

zur Förderung des Führungskräfte nachwuchses machen insgesamt voraussichtlich eine Mehrung der Lehrerfortbildungsmittel in der Höhe von 350.000 Euro erforderlich. Diese Mehrung ist beim Doppelhaushalt 2007/08 angemeldet.

Zeitliche Umsetzung

Die Umsetzung des Fortbildungskonzepts wird nach folgendem Zeitplan erfolgen:

Bis 31. Dezember 2006:

- Harmonisierung der Ausbildungsinhalte (Modul B);
- Verkürzung der Orientierungslehrgänge von 4 auf 2,5 Tage;
- Kennzeichnung der Lehrgänge mit führungsrelevanten Inhalten als Nachweis für die Module A und C Ab Schuljahr 2007/08;
- Umstellung des Moduls B auf 12,5 Tage;
- Einführung der virtuellen Schulleitersausbildung;
- verstärkte Einbeziehung der RLFB in die Führungsfortbildung (Modul A und C).

Pressemitteilung des Deutschen Lehrerverbandes:

Lehrstellenmisere ist ein Skandal erster Ordnung

- „Nationale Kraftanstrengung erforderlich“
- „100000 junge Leute werden im Herbst 2006 ohne Lehrstelle bleiben und in Warteschleifen-Maßnahmen einmünden.“
- „Dass nur gut 20 Prozent der Betriebe ausbilden, ist unverantwortlich.“

Der Deutsche Lehrerverband (DL) und seine beiden Verbände der Lehrer an berufsbildenden Schulen (BLBS und VLW) haben die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsmarkt als „Skandal erster Ordnung“ bezeichnet. Die drei Verbände befürchten, dass im Herbst 2006 etwa 100000 junge Leute ohne Ausbildungsplatz da-

Entwicklung

Die jährlichen Ernennungen im Bereich der Beruflichen Schulen entsprechen derzeit folgenden Größenordnungen: 25 Neubesetzungen von Stellen für Schulleiter/innen und ca. 40 Ernennungen von Stellvertreter/innen.

Als Folge der Altersstruktur der Lehrerschaft werden in den nächsten Jahren sogar noch mehr Schulleitungen in Pension gehen und den Bedarf an Nachbesetzungen erhöhen. Langfristig gesehen werden die Zahlen dann wieder etwas zurückgehen.

Die Meinung des HPR: Die Absicht, die Führungskräfte im Schulbereich besser zu qualifizieren und damit bei der Auswahl die geeigneten Bewerberinnen und Bewerber mit den Führungsaufgaben zu betrauen, wird vom Hauptpersonalarat vorbehaltlos unterstützt. Es bleibt zu hoffen, dass ob der anspruchsvollen und zusätzlichen Anforderungen und Aufgaben an Führungskräfte bei immer größeren Führungsspannen sowie geringeren Ressourcen das angestrebte Ziel erreicht werden kann. <

der vollzeitschulischen Berufsausbildungen mit anschließender Kammerprüfung, eine steuerliche Entlastung der Ausbildungsbetriebe und gezielte Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsreife der schwierigen Schülerklientel.

DL-Präsident Josef Kraus übt Kritik an der Wirtschaft: „Mit der gesellschaftspolitischen Verantwortung mancher Unternehmer scheint es nicht weit her zu sein. Dass kaum mehr als 20 Prozent der zwei Millionen Betriebe ausbilden, obwohl 65 Prozent dazu berechtigt wären, ist unverantwortlich. Der wiederkehrende Hinweis der Wirtschaft auf die ökonomische Großwetterlage und ihr Klagen über das angeblich schlechte Bildungsniveau mancher Bewerber wirken hier oft genug als Ablenkungsmanöver. Festzuhalten bleibt, dass die Wirtschaft bewusst die gesellschaftliche Aufgabe der Qualifizierung der jungen Menschen übernommen hat, nun aber diese Aufgabe aus offensichtlich ökonomischen Motiven nicht schultern will oder kann. Gleichzeitig ist die Wirtschaft nicht bereit, die Öffnung für alternative Wege zu akzeptieren. Dieser Widerspruch muss aufgelöst werden.“

VLW-Vorsitzender Wolfgang Kehl prognostiziert, dass die prekäre Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt auch gravierende Auswirkungen auf die Wirtschaft habe: „Der Wirtschaft fehlt es über kurz oder lang an Nachwuchs. Außerdem gerät das gesamte deutsche Berufsbildungssystem in eine Schiefelage: Während im Jahr 1991 noch 75 Prozent aller jungen Leute ihre berufliche Bildung im dualen System starteten, waren es zuletzt gerade noch 60 Prozent.“

BLBS-Vorsitzender Berthold Gehlert äußerte die Befürchtung, dass viele Haupt- und Realschüler auf der Strecke bleiben würden. „Wenn das duale System trotz Ausbildungspakt fast die Hälfte der ausbildungswilligen Schulabgänger der Haupt- und Realschulen ausgrenzt, dann ist es kein Erfolgsmodell mehr. Staat und Wirtschaft müssen jetzt gemeinsam Verantwortung übernehmen und teil- und vollqualifizierende Berufsfachschulen als praxiserprobte Alternativen fördern.“ <

Grundlage für hervorragendes Bildungssystem gelegt

Ministerpräsident Edmund Stoiber und CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann gratulieren Prof. Hans Maier zum 75. Geburtstag

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat dem früheren bayerischen Kultusminister Hans Maier herzlich zum 75. Geburtstag gratuliert. Stoiber würdigte Hans Maier als herausragende Persönlichkeit des intellektuellen Lebens in Deutschland und exzellenten langjährigen Kultusminister des Freistaates mit großer Ausstrahlung. Stoiber: „Hans Maier hat sich als bayerischer Kultusminister in herausragender Weise um die bayerische Schul-, Universitäts- und Museenlandschaft verdient gemacht. Mit Weitblick und außerordentlicher Kompetenz hat er Schulen und Universitäten reformiert und erfolgreich auf ein modernes Leistungsprinzip gesetzt. Hans Maier hat wichtige Weichen dafür gestellt, dass die Kinder in Bayern heute bei PISA die besten Leistungen erbringen.“

Joachim Herrmann, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, führte weiter aus: „In seiner Zeit als bayerischer Kultusminister von 1970 bis 1986 hat Professor Maier die Grundlagen dafür gelegt, dass unser Land heute bundesweit als Kultur- und Bildungsland an der Spitze der Bundesländer steht.“ Dass die bayerischen Schüler in unterschiedlichsten Schulleistungs-Vergleichen, heute regelmäßig erste Plätze erringen, sei auch seiner herausragenden Arbeit zu verdanken. Maier sei in den „wilden 70er Jahren“ auf dem Posten geblieben und habe die bayerischen Schulen und Hochschulen vor einem Traditionsbruch bewahrt, mit dessen Folgen andere Bundesländer bis heute zu kämpfen haben. „Auch wenn wir heute daran gehen, unser Schulwesen in vieler Hinsicht zu erneuern, so sind wir uns doch des großen Erbes bewusst, das uns Kultusminister Hans Maier hinterlassen hat. Ich versichere Ihnen, dass wir auch künftig für die Qualität des



bayerischen Schul- und Hochschulwesens keine Kosten und Mühen scheuen werden“, betonte Herrmann.

Als herausragende Eigenschaft Hans Maiers würdigte Ministerpräsident Stoiber dessen unvergleichliche Vielseitigkeit. So stand er als Präsident an der Spitze des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, war Abgeordneter des Bayerischen Landtags, Kultusminister, Politikwissenschaftler und Religionsphilosoph und elf Jahre lang Inhaber des renommierten Romano-Guardini-Lehrstuhls für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Darüber hinaus hat sich Hans Maier auch als Organist einen Namen gemacht. Stoiber: „Der christliche Glaube ist für Hans Maier ein starker persönlicher Kraftquell. Er steht für eine wertorientierte christlich-konservative Politik, die stets offen für Neuerungen ist. In bester aufklärerisch-demokratischer Tradition schätzt und praktiziert er den offenen Dialog und die ausgleichende konstruktive Diskussion.“

Die persönliche Unabhängigkeit und geistige Freiheit, die sich Hans Maier bei aller Loyalität gegenüber Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden bewahrt habe, sei bewundernswert und vorbildlich, so Herrmann weiter.

Pressemitteilung STK und CSU

Auch der VLB gratuliert Prof. Hans Maier zu seinem 75. Geburtstag und wird sich in der Septemberausgabe der VLB-akzente nochmals ausführlich mit dem Jubilar beschäftigen.

Pressemitteilung der Bayerischen Staatskanzlei vom 28. Juni 2006:

Staatsregierung und Bayerischer Beamtenbund erörtern Eckpunkte für eine Übertragung des Ergebnisses der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst auf die bayerischen Beamten

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, Finanzminister Dr. Kurt Faltlhauser und der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) Rolf Habermann sind heute zu einem ausführlichen und offenen Gespräch zusammen gekommen. Inhalt des Gesprächs war die Übertragung des Ergebnisses der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst auf die bayerischen Beamten. Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes hat noch einmal seine Grundpositionen deutlich gemacht. Dabei geht es dem BBB nach den Worten seines Vorsitzenden in erster Linie darum zumindest einen Ausgleich für die höhere Wochenarbeitszeit (rund zwei Stunden) der Beamtinnen und Beamten zu erreichen. In der Folge des Gesprächs hat die Staatsregierung dem Bayerischen Beamtenbund folgende Eckpunkte angeboten:

1. Sonderzahlung bis 31. 12. 2009. Die Sonderzahlung wird bis 31.12.2009 für aktive Beamte und Versorgungsempfänger unverändert im bisherigen Umfang weiterbezahlt.

2. Volumen der Sonderzahlung nach 2009. Die Mittel, die für die Sonderzahlung gegenwärtig zur Verfügung stehen, werden im Rahmen der zukünftig zu gestaltenden Besoldungsreform voll erhalten bleiben.

3. Einmalzahlung. In 2006 und 2007 wird an die aktiven Beamten und die Versorgungsempfänger einheitlich eine Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro pro Jahr gezahlt, an Anwärter 100 Euro.

4. Lineare Erhöhung. Über die Übertragung der in dem Tarifvertrag der Länder vereinbarten linearen Er-

höhung von 2,9 Prozent ab 1. Januar 2008 wird zeitnah im Lichte der Haushaltssituation entschieden.

Die Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion, die der Ministerpräsident nach dem Gespräch informiert hat, betrachten diese Eckpunkte als sehr weitgehendes Angebot. Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes wird es seinen Gremien vorlegen und diesen nahe legen, es mit Blick auf die Situation im Bund und in anderen Ländern sehr ernsthaft zu prüfen.

Rainer Haselbeck

Pressesprecher der Bayerischen Staatskanzlei

VLB gewinnt wieder alle Sitze in den Bezirks- und Hauptpersonalratsgremien:

Verband der Lehrer an beruflichen Schulen überzeugender Sieger bei den Personalratswahlen

Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB) wertet das ausgezeichnete Ergebnis seiner Kandidatinnen und Kandidaten

Die HPR-Vertreter für die beruflichen Schulen: Wolfgang Lambl, Gruppe der Lehrer an beruflichen Schulen – Stellv. Gesamtvorsitzender des HPR. Renate Meindl, Gruppe der Arbeitnehmer (Verwaltungsangestellte Staatl. Berufsschule I Landshut). Horst Hackel, Gruppe der Lehrer an beruflichen Schulen.



von 77,1 Prozent bei den Hauptpersonalratswahlen als deutlichen Beleg dafür, dass die Lehrkräfte an den beruflichen Schulen weiterhin von Wolfgang Lambl und Horst Hackel vertreten werden wollen. Alle zwei möglichen Sitze sind an die VLB-Liste gegangen!

Auch ist es wiederum gelungen, in allen Regierungsbezirken sämtliche Sitze für die Gruppe der Lehrer an beruflichen Schulen zu gewinnen – ein einmaliger Vertrauensbeweis!

„Damit sind wir für die anstehenden großen Reformfragen wie das neue Dienstrecht oder die künftige Lehrerausbildung hervorragend aufgestellt“, kommentierte der Verbandsvorsitzende Hans Käfler den Wahlausgang. „Auch die weitere Ausgestaltung der Beruflichen Oberstufe werden wir mit diesem Mandat kritisch

und konstruktiv begleiten, um die Politik bei der Erfüllung ihrer vollmundigen, aber bisher oft noch uneingelösten Versprechen zu unterstützen.“

Klares Votum für den beruflichen Vertretungsanspruch des VLB

Alle Versuche anderer Vertretungen, die starke, geschlossene Personalvertretung des VLB aufzubrechen, seien mit diesem Wahlergebnis klar gescheitert. „Unsere Wählerinnen und Wähler haben denjenigen vertraut, die im Kultusministerium und an den Bezirksregierungen auch ihre Interessen vertreten“, deutete Käfler das Ergebnis.

Der VLB hat im laufenden Reformprozess der Lehramtsstudiengänge die vertiefte wissenschaftliche Ausbildung in zwei Fächern für angehende Studienräte erhalten können und so eine wichtige Voraussetzung der beruflichen Bildungsqualität gesichert. Durch die Novellierung der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Fachlehrer an beruflichen Schulen wird die Praxisorientierung der beruflichen Schulen weiterhin sichergestellt.

Vertrauensbeweis für die Arbeit der Personalräte

Für die kommenden fünf Jahre wurden als Hauptpersonalräte gewählt: der stellvertretende VLB-Vorsitzende Wolfgang Lambl und Horst Hackel.

Die beiden Gewählten danken allen Wählerinnen und Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen und für die überaus hohe Wahlbeteiligung von ebenfalls über 80 Prozent. Damit haben fast zwei Drittel der Wahlberechtigten die Vertreter des VLB gewählt. <

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

Am 10. und 11. November 2006 findet unter dem Motto

„Berufliche Schulen – Investitionen in eine erfolgreiche Zukunft“

der 8. VLB-Berufsbildungskongress in Memmingen statt.

Nachfolger für Prof. Aff am Nürnberger WiPäd-Lehrstuhl:

Prof. Dr. Karl Wilbers neuer Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspädagogik

Der Nürnberger Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung ist im April 2006 neu besetzt worden. Der bisherige Inhaber, Prof. Dr. Josef Aff, ist an die Wirtschaftsuniversität Wien gewechselt.

Der neue Lehrstuhlinhaber, Prof. Dr. Karl Wilbers, kommt von der Universität St. Gallen in der Schweiz. Dort war er tätig am Institut für Wirtschaftspädagogik (Direktoren: Euler, Metzger; Emeritus: Dubs) tätig. Wilbers ist Diplom-Handelslehrer der Universität zu Köln, wo er Wirtschaftspädagogik mit den Schwerpunkten Industriebetriebslehre und Organisationslehre studiert hat. Nach dem Studium war er zunächst am Forschungsinstitut für Berufsbildung im Handwerk an der Universität Köln tätig. Dort entwickelte und erprobte er selbstgesteuerte Formen des Lernens mit Hilfe von Computern. Anschließend wechselte Wilbers an den Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpädagogik der Universität Köln. Nach seiner Tätigkeit in Köln ging Wilbers nach St. Gallen. Dort war er zuerst als Nachwuchsdozent für Educational Management/Wirtschaftspädagogik und Projektleiter mit Aufgaben in Lehre, Forschung, Hochschulentwicklung und Weiterbildung tätig. Wilbers habilitierte in St. Gallen mit einer Arbeit zu sozialen Netzwerken von Lehrkräften und wurde zum Assistenz-Professor ernannt.

Zu einem der Forschungsschwerpunkte von Wilbers gehört die Professionsentwicklung von Lehrkräften. Er knüpft dabei an seine praktische Tätigkeit in der zweiphasigen Lehrerbildung (Köln) und in der einphasigen Lehrerbildung (Schweiz) an. Aktuell setzt er sich vor allem mit Bildungsstandards für die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften sowie videofeedbackgestützter Professionsentwicklung aus-



einander. Außerdem hat Wilbers empirische Studien zur Belastung von Lehrkräften im Alltag vorgelegt.

Wilbers hat eine Reihe von Arbeiten zum E-Learning veröffentlicht, die auf Projekten in Schulen, Hochschulen und Unternehmen beruhen. Er gibt seit 2002 gemeinsam mit einem

Unternehmensberater das Handbuch E-Learning heraus. Es liegt nun in der 16. Ergänzungslieferung vor, an der bisher über 200 Autorinnen und Autoren auf knapp 2000 Seiten Beiträge erbracht haben.

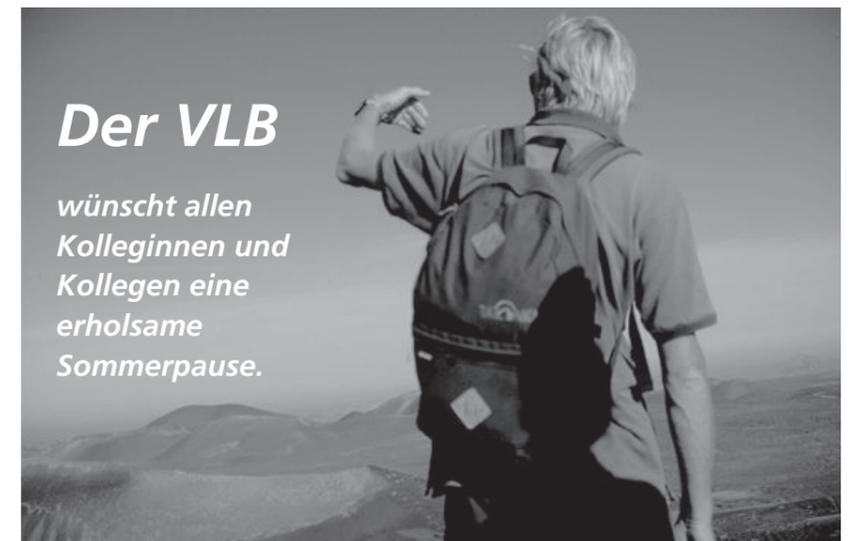
In der fachdidaktischen Forschung stehen Forschungen und Entwicklungen zu den unterrichtlichen Auswirkungen von Enterprise Resource-Planning-Software (ERP), wie beispielsweise SAP R3 oder MS Navision, auf der Agenda. Weiterhin sollen am Lehrstuhl Antworten auf die Herausforderung heterogener Bedingungen im didaktischen Alltag berufsbildender Schulen gefunden werden. Dabei geht es um Strategien des Umgangs mit stark unterschiedlichen Leistungs- und Motivationsständen sowie kulturell bedingten Unterschieden im Unterricht beruflicher Schulen.

Wilbers möchte in der Nürnberger WiSo die Tradition der Handelshochschule als praxisnahe Denkfabrik fortführen und zeitgemäß definieren. Weitere Informationen können der Webseite des Lehrstuhls entnommen werden (<http://www.wipaed.wiso.uni-erlangen.de/>).

Der VLB gratuliert dem neuen Lehrstuhlinhaber zu seinem Ruf. Er bietet ihm eine konstruktiv kritische Zusammenarbeit in allen Fragen der Lehrer- und Berufsbildung an. rf

Der VLB

wünscht allen Kolleginnen und Kollegen eine erholsame Sommerpause.



Memmingens Schulen stellen sich vor:

Die Staatliche Fachoberschule und Berufsoberschule Memmingen

HANS-PETER GNEISER

Als der Memminger Stadtrat im Frühjahr 1970 den Antrag auf Errichtung einer Staatlichen Fachoberschule stellte – „...zähneknirschend, was die Finanzierung betrifft, aber im vollen Bewusstsein, dass wir die Schule brauchen ...“, so der damalige Oberbürgermeister Dr. J. Bauer – konnte noch niemand vorhersagen, welche Entwicklung dieser neue Schultyp in Memmingen nehmen würde.

Unmittelbarer Anlass für die Gründung der Fachoberschulen in Bayern und in anderen Bundesländern waren die Unruhen an den Ingenieurschulen im Jahre 1968. Dabei ging es in erster Linie um die Forderung einer hochschulmäßigen Ausbildung. Um dieser Forderung gerecht zu werden, beschlossen die Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer am 31. Oktober 1968 die Errichtung von Fachoberschulen. Diese neue Schulart, die die Fachhochschulreife oder, wie es im Volksmund schon immer heißt und künftig auch ganz offiziell heißen wird, das Fachabitur verleiht, stellt seitdem das Verbindungsstück zwischen den „mittleren“ Schulen und den Fachhochschulen dar. Die wesentlichen Merkmale der Fachoberschulen wurden damals wie folgt festgelegt: Zugang mit der sog. „Mittleren Reife“, Klassenstufen 11 und 12, Englisch als einzige Pflichtfremdsprache, Vermittlung einer fachpraktischen und einer wissenschaftlich-theoretischen Ausbildung. (Diese Merkmale sind auch heute noch gültig.)

Bezüglich der Finanzierung dieses neuen Schultyps wurde festgelegt, dass die Stadt Memmingen als Sachaufwandsträger zuständig sein sollte für den Raum- und Sachbedarf sowie für die Kosten der Schülerübungen und der Schulveranstaltungen; die



Personalkosten und alle übrigen Aufwendungen würde der Freistaat Bayern tragen.

Unter für uns heute unvorstellbaren Voraussetzungen wurde dann am 10. September 1970 der Unterricht in 4 Klassen mit 101 Schülerinnen und Schülern (jedoch überwiegend Schülern) aufgenommen: Offiziell gab es zwar einen vom KM ernannten Schulleiter, der aber dann in Verbindung mit der Stadt Memmingen zunächst nach geeigneten Unterrichtsräumen und Lehrern - bei benachbarten Realschulen und Gymnasien - suchen musste.

Dass die Fachoberschule nicht nur, aber auch in Memmingen sehr erfolgreich arbeitete, zeigte sich schon allein an den Schülerzahlen, die bereits im Schuljahr 1973/74 mit insgesamt 378 Schülern in 16 Klassen ihren ersten Höchststand erreichten. Die FOS hatte also im schulischen Ausbildungssystem eine „Marktlücke“ geschlossen und stieß bei Schülern und Eltern gleichermaßen auf großes Interesse.

Bedingt durch die große Nachfrage stand seit Gründung der FOS Memmingen auch die räumliche Unterbringung der Schule in ständiger Dis-

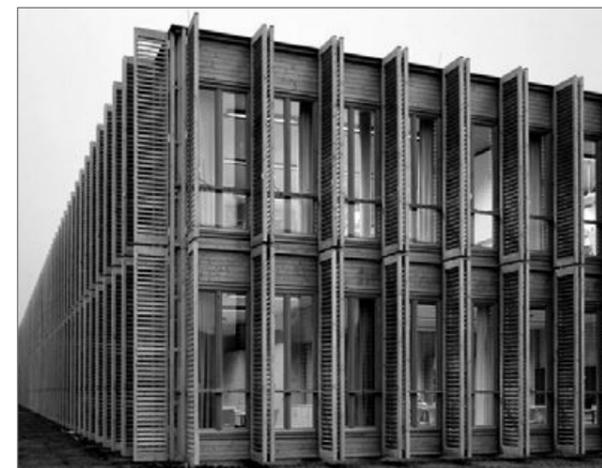
kussion, wie dies viele Schreiben der Schulleitungen an die Stadt, die heimischen Abgeordneten und das Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus belegen. So beschloss z. B. der Stadtrat 1972 – nach teilweiser Auslagerung von Klassen in andere Schulen – die Aufstockung des städ-

tischen Berufsschulgebäudes am Kaisergraben, um so die nötigen Klassenzimmer für die Unterrichtsversorgung zu schaffen.

Fast ebenso rasant wie die Schülerzahlen in den ersten Jahren nach der Gründung nach oben schnellten, so fielen diese Zahlen in den nachfolgenden Schuljahren wieder und erreichten ihren ersten Tiefstand im Schuljahr 1977/78 mit 272 Schülerinnen und Schülern in 13 Klassen. Diese Entwicklung, dieses ständige Auf und Ab der Schülerzahlen, ist bis heute noch typisch für die Fachoberschulen. Sie zeigt, dass die Schülerzahlen nur schwer vorhersehbar sind, weil sie weitgehend von konjunkturellen Einflüssen der Wirtschaft abhängen. Unter diesem Aspekt gab es in der Geschichte der Fachoberschule baulicherseits ruhige Phasen, in denen man mit den bestehenden Mängeln noch leben konnte, aber auch Phasen, in denen die Raumnot so groß war, dass immer wieder der Wunsch nach einem eigenen Schulgebäude aufkam.

Dass nun dieser Wunsch nach einem eigenen Gebäude 2004 in Erfüllung ging, ist einerseits dem Umstand zu verdanken, dass zum Schul-

jahr 1997/98 die Fachoberschule und die Berufsoberschule in Memmingen unter einer Schulleitung zur „Beruflichen Oberstufe“ zusammengelegt wurden, was dazu führte, dass die Schülerzahlen von anfänglich 400 auf bis zu 600 Schüler (Schuljahr 2004/05) in 25 Klassen anstiegen. Andererseits



Die neue FOS/BOS in Memmingen – auch ein Baukunstwerk.

und der Wirtschaftsschule besteht. Die offene Architektur der Schule und die Verwendung traditioneller Baustoffe schaffen eine Atmosphäre, die sicherlich junge Menschen anspricht.

Ein besonderes Lob muss der Stadt Memmingen für die technische Ausstattung der Werkstätten, der Fach-

räume und auch der EDV gemacht werden. Trotz aller notwendigen Sparsamkeit wurde hier nicht darauf verzichtet mit der Lehrerschaft neue Wege zu gehen, um durch die räumliche Ausstattung den verstärkten Einsatz handlungsorientierter Methoden zu ermöglichen.

Sie können sich bei Ihrem Besuch am 7. und 8. November in Memmingen davon überzeugen!

Übrigens: Das Besondere ist seit 1996, dass die FOS/BOS mit der gewerblichen Berufsschule, der Johann-Bierwirth-Schule, von einem Schulleiter in Personalunion geleitet wird. Der Synergieeffekt allerdings, den man sich seitens des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus von solch einer gemeinsamen Leitung erhoffte, muss jedoch ernstlich hinterfragt werden; wenn Schulen Größen wie in Memmingen erreicht haben, dann ist dieser Synergieeffekt letztendlich – im Vergleich mit den Nachteilen – zu gering. <

ist der Neubau auf den Umstand zurückzuführen, dass das im selben Schulgebäude untergebrachte Vöhl-Gymnasium ebenfalls über große Raumnot klagte.

Umso bedeutungsvoller war am 9. November 1999 der einstimmige Beschluss des III. Senates der Stadt Memmingen, dass als Standort für den Neubau der FOS/BOS das städtische Grundstück südlich der Johann-Bierwirth-Schule verwendet werden sollte. Ferner wurde die Verwaltung aufgefordert, ein Raumbedarfsprogramm zu erstellen und einen Architekten-Planungswettbewerb nach den einschlägigen Bestimmungen einzuleiten und zu terminieren.

Getreu dem Spruch „Ende gut, alles gut!“ wurde nun nach vielen Jahren schwierigster räumlicher Unterbringung und großer ausstattungsmaßiger Entbehrungen der Neubau für die Staatliche Fachoberschule und für die Staatliche Berufsoberschule im April 2005 seiner Bestimmung übergeben. Jetzt präsentiert sich die Schulanlage in eindrucksvoller Weise und fügt sich harmonisch in das neue berufliche Bildungszentrum ein, das aus den Staatlichen Berufsschulen I und II

Staatliche Wirtschaftsschule in der 2- und 4-stufigen Form im BBZ Jakob Küner Memmingen

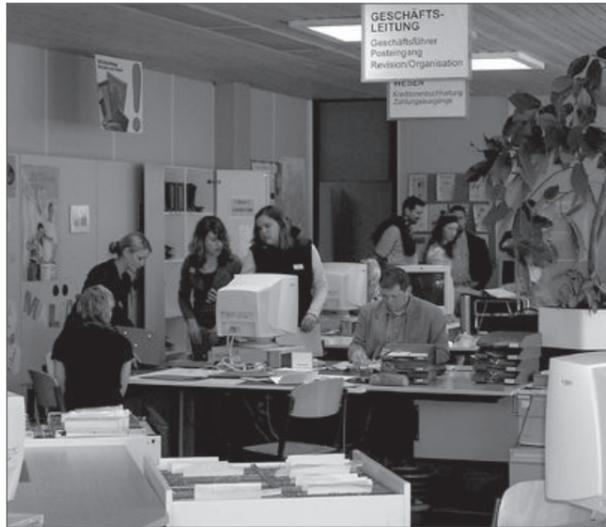
BERNHARD STARK

Mit über 600 Schülerinnen und Schülern gehört die Staatliche Wirtschaftsschule Memmingen zu den größten Staatlichen Wirtschaftsschulen in Bayern. Aber nicht die Anzahl der Schüler ist es, was die Staatliche Wirtschaftsschule weit über die Grenzen Bayerns hinaus bekannt gemacht hat, aber dazu später.

Entstehung der Wirtschaftsschule in Memmingen

Aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung der Stadt Memmingen beschloss der Stadtrat im Juli 1952 in Memmingen eine 3-jährige Städtische Höhere Handelsschule zu gründen – und schon am 14. Okt. 1952 nahm man mit 38 Schülerinnen und Schülern den

Schulbetrieb auf – damals noch an das Städtische Vöhl-Gymnasium angegliedert. Schon 1955 erfolgte dann der Ausbau auf Vierjährigkeit mit dem Abschluss der Oberstufenreife. 1965 wurde aus der 4-jährigen Städtische Höhere Handelsschule eine 4-jährige Städtische Wirtschaftsaufbauschule. Grund war die Aussicht auf Verstaatlichung, die dann auch bald darauf erfolgte. Mit Wirkung vom 01. Jan. 1966 wurde die bisherige Städtische Wirtschaftsaufbauschule in Memmingen dann in eine staatliche, selbständige Schule umgewandelt. Sie führte die Bezeichnung „Staatliche Handels- und Wirtschaftsschule Memmingen“. Ab dem Schuljahr 1972/73 führten die in Bayern bestehenden Handels- und Wirtschaftsschulen gemäß dem Gesetz über das berufliche Schulwesen



Praxisnaher Unterricht – arbeiten in der Übungsfirma.

re an der Wirtschaftsschule Memmingen eine eigenständige Zentrale für die schulischen Übungsfirmen gegründet, die diese für Übungsfirmen notwendigen Geschäftsvorgänge übernimmt. Über die Übungsfir-



die Bezeichnung „Wirtschaftsschule“. Später erfolgte dann die Zusammenfassung der Staatlichen Wirtschaftsschule mit der nunmehr eigenständigen Kaufmännischen Berufsschule sowie der neu gegründeten Staatlichen Berufsoberschule - Ausbildungsrichtung Wirtschaft, zum Staatlichen Kaufmännischen Berufsbildungszentrum Memmingen.

Übungsfirma – das Erfolgsmodell der Memminger Wirtschaftsschule

Das besondere Profil der Wirtschaftsschule ist die Praxisnähe. Diese zeigt sich vor allem im Unterrichtsfach Übungsfirmenarbeit. „Lernen wie im richtigen Leben“ nannte es der Bayerische Rundfunk in einem Schulfunkbeitrag im Mai dieses Jahres. Übungsfirmenarbeit als Unterrichtsfach gibt es in Bayern nur an der Wirtschaftsschule. An der Staatlichen Wirtschaftsschule Memmingen wurde in den Jahren 1977 bis 1982 dieses Konzept im Rahmen eines Bund-Länder-Modellversuchs zunächst als „Lehrbüro“ entwickelt und erfolgreich abgeschlossen, so dass dann andere Wirtschaftsschulen dieses Konzept übernahmen, bis es dann als Wahlfach „Betriebswirtschaftliche Übungen“ und schlussendlich als Pflichtfach „Übungsfirmenarbeit“ das Profil der Wirtschaftsschule stark mitprägte. 1985 begann dann, ebenfalls federführend durch die Wirtschaftsschule Memmingen, die Inte-

gration der Datenverarbeitung in den kaufmännischen Geschäftsbetrieb der Übungsfirma mit einer eigens für die Übungsfirmen entwickelten Spezialsoftware für die Unternehmensbereiche Einkauf, Verkauf und Lager, die fast 10 Jahre im Einsatz war.

Derzeit arbeiten ca. 220 Übungsfirmen in Bayern bzw. in Thüringen nach dem Memminger Modell; Verbindungen bestehen zu Übungsfirmen in Österreich, Italien, Kroatien und auch der Ukraine (Tschernigiv) – dort wurden ebenfalls Übungsfirmen mit der Unterstützung durch das BBZ Jakob Küner in Zusammenarbeit mit dem Kolping Bildungszentrum Memmingen nach einem für die Ukraine angepassten Konzept entwickelt, gleichzeitig mit dem Aufbau einer neuen kaufmännischen Berufsausbildung nach marktwirtschaftlichem Konzept, unterstützt durch die Staatliche Berufsschule II Memmingen.

Übungsfirmenzentrale der bayerischen Wirtschaftsschulen im BBZ Jakob Küner Memmingen

Ein wesentliches Merkmal des Übungsfirmenkonzeptes ist die Kommunikation der Firmen untereinander, aber ebenso Abbildung der Beziehungen von Unternehmen zu den sonstigen Institutionen, wie Banken, Gerichten etc. Während die ersten Übungsfirmen noch dem Deutschen Übungsfirmenring angeschlossen waren, wurde schon Mitte der 80er Jah-

menzentrale werden die Geschäftsbeziehungen unter den Übungsfirmen koordiniert, Bankgeschäfte abgewickelt, ein Amtsgericht betrieben usw., alles zur praxisorientierten Abwicklung eines kaufmännischen Geschäftsbetriebes für die derzeit ca. 220 Übungsfirmen im Übungsfirmenring der bayerischen Wirtschaftsschulen. Gemeinsam mit der Wirtschaftsschule Bad Aibling wird auch das Übungsfirmenportal im Internet betrieben, über das nun die einzelnen Übungsfirmen kommunizieren. Weitere Aufgaben, die die Übungsfirmenzentrale übernimmt, sind die Organisation von Übungsfirmenmessen und neuerdings auch die Zertifizierung der angeschlossenen Übungsfirmen.

Das erste „G8“ in Bayern im Jahre 1981

Das Übungsfirmenkonzept eröffnete auch in anderen Bereichen neue Wege. Im Sommer 1981 gelang es erstmals, für Schüler, die das Fach „Lehrbüro“ besuchten, die Wirtschaftsschulabschlussprüfung über die Übungsfirmenarbeit mit der IHK-Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf „Bürogehilfe/Bürogehilfin“ zu verknüpfen. Mit dieser Doppelqualifikation konnten die Schüler in die Berufsoberschule einsteigen und nach zwei weiteren Jahren die allgemeine Hochschulreife erlangen: Abitur mit 18 und dazu noch eine Berufsausbildung! Aber,

was nicht sein kann, nicht sein darf! Nach vier sehr erfolgreichen Jahren wurde dieser Weg verboten. Weitere ähnliche Wege wurden gegangen, allerdings nicht mehr so erfolgreich wie der dargestellte, war man an den betroffenen Stellen doch vorgewarnt. Erfolgreich war jedoch ein weiterer Modellversuch, an dem die Staatliche Wirtschaftsschule Memmingen vom Schuljahr 1996/97 bis 1999/2000 teilgenommen hat: der Modellversuch „Zweistufige Wirtschaftsschule“. Im Jahr 2000 wurde die „Zweistufige Wirtschaftsschule“ als weitere Regelform der Staatlichen Wirtschaftsschule Memmingen angegliedert, mit zur Zeit über 170 Schülerinnen und Schülern.

Netzwerkbetreuung durch Juniorfirma

Die Juniorfirma „mm-netriX“ ist ein Juniorunternehmen der Wirtschafts-



schule Memmingen. Als eigenständige Unterabteilung des Freundeskreises der Staatlichen Wirtschaftsschule Memmingen e. V. bietet sie gegen Entgelt DV- und IT-Dienstleistungen an. Mitglieder sind Schüler und ehemalige Schüler, die ihr Wissen an die „Junioren“ weitergeben, im Rahmen eines Wahlfaches angeleitet durch zwei Lehrkräfte der Wirtschaftsschule. mm-netriX betreut derzeit das gesamte Netzwerk in BBZ Jakob Küner mit über 200 PC's. <

Das besondere Profil:

Karl Raab und seine Tour de France

In diesen Tagen rollt er wieder quer durch die französischen Regionen, der internationale Radler-Pulk. Mit großer Begeisterung verfolgen wir die Tour am Bildschirm. Und oft sind wir recht großzügig beim Gebrauch des Konjunktivs. Sie wissen schon: Er müsste, hätte, sollte usw. Wir kennen das ja u. a. vom Fußball!

Einer der mit Sicherheit vorsichtig ist mit dem Konjunktiv, ist unser Kollege Karl Raab, Jahrgang 1935, VLB-Mitglied und wohnhaft in Zeil am Main. Karl Raab nämlich ist sie selbst mitgefahren, die Tour de France und zwar in deren Amateurgruppe (Tour d'Avenir). Sein großes Tour-Erlebnis hatte er 1961, als die sportlichen Verhältnisse noch gänzlich anders waren als heutzutage, die Strapazen während der 20 Tage aber deshalb keine geringeren. „Nach den ersten 150 km hatte ich schon 5 kg Flüssigkeit verloren, was u. a. durch einen erheblichen Trainingsrückstand bedingt war“, meint er und verweist auf den damaligen Mangel an gezielter Förderung. Irgendwo in der Nähe von Bordeaux ereilte ihn dann das Schicksal, er musste aufgeben. „Dabeisein ist eben alles“, sagt er heute dazu, „es war dennoch ein großes Erlebnis“.

Seinen Höhepunkt als Radsportler erlebte Karl Raab Ende der 50-er und Anfang der 60-er Jahre. Um Haaresbreite verpasste er damals übrigens die Teilnahme an den olympischen Spielen in Rom und zwar aus rein politischen Gründen. Raab war trotz nicht idealer Trainingsbedingungen in Topform und sein Start in Rom galt als sicher. Doch dann kam das Verhängnis. Die Radsportverbände der beiden deutschen Staaten einigten sich darauf, gemeinsam in Rom anzutreten und trafen folgendes Agreement: Die Bundesrepublik stellte die Bahnfahrer, die DDR hingegen die Straßenfahrer. Raab aber war Experte für Stra-



Karl Raab bei seinem Siebzigsten.

ßenrennen und konnte seine olympischen Träume begraben.

Sein Talent für den Radsport entdeckte Raab relativ spät. Klar, man hatte ja auch andere Sorgen in der Nachkriegszeit, als der junge Sportbegeisterte dem Höhepunkt seiner physischen Leistungsfähigkeit entgegen strebte. Eine grundsätzliche Frage beispielsweise: Woher ein Rennrad nehmen, wenn nicht stehlen? Die Träume blühten, die Ideale trieben ihn um, doch die Trauben hingen hoch in den Jahren, in denen das Wirtschaftswunder gerade seinen Anfang nahm.

1953 ging Karl Raab beruflich nach Essen. Dort schloss er sich einem renommierten Radsportclub mit dem bezeichnenden Namen „Staubwolke“ an und konnte viel Erfahrung sammeln. 1954 gewann er sein erstes großes Straßenrennen. Er kam in Kontakt zu den „Einfahrern“ des Schweinfurter Sachswerkes, welches Rennräder herstellte. Unter den dort ansässigen „alten Hasen“ erarbeitete sich der Neuling bald einen ausgezeichneten Ruf. Gegen Ende der 50-er Jahre kamen die Erfolge, erntete er vielerlei Lorbeeren: Er wurde in Augsburg bayerischer Straßenmeis-



Sommer 1958: Als Bergspezialist führt Raab das Feld bei einem bayerischen Wettbewerb an.

beträchtlicher Unruhe, was seiner Gesundheit indes prächtig bekommt.

Mit Begeisterung verfolgt er in diesen Tagen die aktuelle Tour und fiebert für seinen Champion. Und dabei nimmt sein Ruhepuls, der sonst die 50 nicht übersteigt, mit Sicherheit um einiges zu. *Peter Thiel*

Unter dem Titel

„Das besondere Profil“

möchten wir in loser Folge Kolleginnen und Kollegen portraituren, die neben ihrer Tätigkeit an der Schule im künstlerischen, sportlichen, sozialen oder sonstigem Bereich mit ihrem „Hobby“ die Grenzen des Alltäglichen überschreiten oder überschritten haben.

Bitte wenden Sie sich an uns, wenn Sie glauben, dafür selbst in Frage zu kommen oder machen Sie uns ggf. Vorschläge aus Ihrem Kollegenumfeld.

Wir werden uns mit Ihnen oder mit dem Genannten dann in Verbindung setzen und Genaueres vereinbaren. *Die Redaktion*

ter, dann deutscher Mannschaftsmeister und schließlich Mitglied der deutschen Nationalmannschaft der Radamateure.

Raab stammt aus einem Schreinerhaushalt und lernte im väterlichen Betrieb, in der unterfränkischen Provinz. Nachdem seine sportliche Leistungsfähigkeit ihren Zenit in den späten 60-er Jahren überschritten hatte, setzte Karl Raab mit dem gleichen Einsatzwillen, wie beim Sport auf die berufliche Karte. In München legte er die

Meisterprüfung als Schreiner ab und absolvierte in den frühen 70-er Jahren die Fachlehrerausbildung in Nürnberg. Zunächst war er als Fachlehrer in Rosenheim und Augsburg tätig und 1974 schließlich landete er aus familiären Gründen in Haßfurt, wo er an der Heinrich-Thein-Berufsschule die Schreinerklassen übernahm.

Seit 1998 ist Raab im Ruhestand. Dies allerdings bezieht sich nur auf seine Lehrertätigkeit. In sportlicher Hinsicht hingen ist er nach wie vor in

Für mehr Informationen: www.naturfreunde-reisen.de	
RHODOS - Die Sonneninsel: 29.10.06 – 05.11.06 8-tägige Kultur- und Standortreise mit Kamiros, Rhodos, Lindos Olympic Air (MUC), HP, PREIS: ab 1048,- € (998,- € VLB)	SYRIEN : Auf Saladins Spuren 28.10.06 – 04.11.06 Aleppo, Ebla, Krak des Chevaliers, Palmyra, Damaskus, Baalbeck Syrian Arab (MUC+FRA), HP, PREIS: 998,- € (948,- € VLB)
LIBYEN : 22.10.06 - 02.11.06 & 01.04.07 – 12.04.07 Tripolis, Sehba, Ghat, Leptis Magna, Sabratha, 4 Tage Sahara AUA (MUC/FRA), HP+VP, PREIS: ab 1998,- € (1948,- € VLB)	OMAN : 27.10.06 – 04.11.06 & 16.02.07 – 24.02.07 Muskat, Sur, Ibra, Nizwa, Nakhl, Suwayh, zahlreiche Wadi Emirates (MUC+FRA), HP/VP, PREIS: ab 1748 € (1698 € VLB)
MAROKKO : 29.10. - 05.11.06 & 05.11. – 12.11.06 Marrakech, Zagora, Alnif, Erfoud, Tinghir, Quarzazate Air Maroc (MUC/FRA), HP, PREIS: 998,- € (948,- € VLB)	INDIEN : Rajasthan: 27.10.06 - 05.11.06 Delhi, Agra, Taj Mahal, Fatehpur Sikri, Jaipur, Samode, Amber Qatar Air (FRA+MUC), HP, PREIS: 1348,- € (1298,- € VLB)
Sommer 06: Bellaria 31.08. – 07.09.06 ab 379 €, Peru 20.08. – 03.09.06 ab 2548 € Herbst 06: Sizilien 8 Tg ab 948 €, Madrid 5 Tg, Weihnachten 06/07: Jemen 12 Tg, Marokko 8 Tg, St. Petersburg – orthodoxe Weihnacht 6 Tg, Oman 9 Tg, Südinien 14 Tg	
Reisedienst Naturfreunde, Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel.: (0841) 7 11 44, FAX: 7 76 86	

Übungsfirmenarbeit an Wirtschaftsschulen:

Qualitätsoffensive gestartet: Übungsfirmen wurden zertifiziert

MICHAEL WOLF

Erstmals in der fast 30-jährigen Geschichte der Übungsfirmenarbeit an Wirtschaftsschulen wurden die bayerischen Übungsfirmen einem standardisiertem Qualitätstest unterzogen. 55 Übungsfirmen aus Bayern und Thüringen erhielten von der Übungsfirmenzentrale der bayerischen Wirtschaftsschulen in Memmingen ihre Zertifikate.

Sinn der Zertifizierung sei es, Qualität nach innen und außen zu dokumentieren, betonte Dietmar Bauer vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus anlässlich des Festakts in Memmingen. In der Tat stehen die bayerischen Übungsfirmen nicht alleine da. Sie sind in ein



nationales und internationales Netzwerk eingebunden. Die Geschäftskontakte bayerischer Übungsfirmen reichen von Österreich über Italien nach Kroatien, wie Max Schilder von der IHK Schwaben erläuterte. Geschäftskorrespondenz mittels E-Mail, Fax oder Brief, internationale Übungsfirmenmessen, Schüleraustausche sowie Comenius-Projekte seien ein Beweis, dass sich unsere Schüler der Globalisierung stellen.

Bei der Zertifizierung handelte es sich um eine freiwillige Veranstaltung. Trotzdem nahmen über 25 Prozent aller Übungsfirmen an der aufwändigen Qualitätsoffensive teil. Dies zeugt, so Michael Wolf, Leiter der Übungsfirmenzentrale, von der hohen Motivation, die in diesem Unterrichtsfach herrsche. Schüler wie Lehrer verkanteten nicht den zusätzlichen Arbeitsaufwand. Einhellig wurde jedoch bestätigt, dass das Überdenken der eigenen Arbeitsweise sowie der vorherrschenden Strukturen in der Übungsfirma einen Qualitätsfortschritt zur Folge hätten. Zudem stelle diese Auszeichnung ein Erfolgser-



Dietmar Bauer (KM) beim Festakt der Zertifikatsverleihung.

lebnis für Schüler wie Lehrer dar, das motivieren soll und das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken könne, so Bauer.

Bayerische Übungsfirmen dürfen sich von nun an mit einem „Zertifikat“ schmücken. Sie stehen damit in einer Reihe mit den Übungsfirmen Österreichs. Dort entspricht die Zertifizierung einer offiziellen Ö-Norm. Zwar bleibt den bei der bayerischen Übungsfirmenzentrale angeschlossenen Übungsfirmen diese offizielle Anerkennung verwehrt. Allerdings entsprechen sich die jeweiligen Qualitätskriterien, die zum Erreichen dieser Auszeichnung erforderlich sind.

Auch im kommenden Schuljahr wird die Übungsfirmenzentrale aufgrund der zahlreichen Voranmeldungen wieder eine Zertifizierung anbieten. <



Deutscher Werberat – Proteste bewirken Rückzug von 67 Werbekampagnen:

Weniger Erotik, mehr Senioren

Erotik ist in der Werbung ist nach Erkenntnissen des Deutschen Werberates auf dem Rückzug; dafür sei in Zukunft vermehrt mit Senioren in Anzeigen, Hörfunk- und TV-Spots zu rechnen. Beim Wandel der Gesellschaft zu einer neuen Bürgerlichkeit nehme die Darstellung von Sexualität in Spots, Anzeigen und Plakaten ab, so die Zusammenfassung des Ratsvorsitzenden Jürgen Schrader anlässlich der Vorstellung der beanstandeten Werbekampagnen des Jahres 2005.

Jede vierte Werbekampagne der Wirtschaft, über die sich Bürger beim Konfliktregler Deutscher Werberat im Jahr 2005 beschwert haben, wurde von den betroffenen Unternehmen zurückgezogen oder geändert. Insgesamt hatte das Gremium über 258 mit Protesten belegten Werbeaktivitäten zu entscheiden. Davon wurden 61 Anzeigen, Spots und Plakate eingestellt, 6 weitere den Beschwerden entsprechend abgeändert. In 3 Fällen berücksichtigten die Firmen die Kritik zunächst nicht, was ihnen über die Massenmedien verbreitete öffentliche Rügen einhandelte. Bei 188 Werbemaßnahmen führten die Diskussionen im Werberat zu der Entscheidung „nicht zu beanstanden“.

Rüge: klarmobil.de (Rendsburg) wirbt mit Straftat

Die drei öffentlichen Rügen im Jahr 2005 richteten sich gegen zwei Unternehmen. So schaltete die norddeutsche Discount-Zeitarbeit GmbH (Bardowick) einen Trailer auf ihrer Homepage. Gezeigt wird das Gespräch zwischen dem Mitarbeiter einer Zeitarbeitsfirma und zwei Bewerbern. Sie werden als Dummköpfe dargestellt. Selbst zur Unterschrift unter ein Formular sind sie nicht fähig. Diese Art der Werbung könnte Arbeitslose verletzen, so der Werberat, und rügte sowohl den Trailer als auch die Homepage des Unternehmens mit dem Spruch „Geile Leute! Geile Preise“.

Eine weitere Rüge erhielt die Firma klarmobil.de. In TV-Spots entreißt eine als Gorilla verkleidete Person Straßenpassanten das Handy. Er flieht damit und entnimmt später daraus den Daten-Chip, wirft ihn weg und setzt seine eigene Karte ein. Unterlegt sind die Spots mit dem Text „Das Handy besorgst du dir, wo du willst. Die günstige Karte bei klarmobil.de.“

Das Gremium teilte die Ansicht der zahlreichen Beschwerdeführer, wonach die Werbefilme den Diebstahl von Handys verharmlosend darstellten. Unterdessen hat die Firma eine entschärfte Fassung ihres TV-Spots ohne die Sequenz der Straftat produziert und als Wiedergutmachung eine Spendeninitiative „Gorilla hilft“ zu Gunsten von gefährdeten Jugendlichen ins Leben gerufen.

Werbung der Medien im Fokus der Kritik

Gemessen nach Branchen waren die Medien am stärksten von Kritik in Zusammenhang mit ihrer Eigenwerbung betroffen.

So hatte ein Fernsehsender für eine neue Serie im Friseur-Milieu mit einem Spot geworben, in dem ein Papegi mittels Haarspray angezündet wurde und verbrannte. Der Werberat sah wie der Beschwerdeführer in dieser Filmsequenz eine Verharmlosung von Gewalt gegenüber Tieren. Der Sender zog daraufhin den Spot aus dem Verkehr.

Nicht beanstandet hat der Werberat hingegen die Kampagne einer deutschlandweiten Tageszeitung, die in Zusammenarbeit mit einer Bekleidungsfirma mit großflächigen Plakaten für ihr „Seite-1-Girl“ warb. Auf den Plakaten waren junge Frauen in Dessous abgebildet. Der Vorwurf: die Werbebilder seien unmoralisch. Anders urteilte der Werberat. Die Models würden nicht entwürdigend dargestellt. Solche Bilder bewegten sich im Rahmen gesellschaftlicher Akzeptanz.

Proteste löste auch der TV-Spot für ein Milchprodukt wegen „Missachtung von Ordnungsorganen“ aus. Zu sehen ist eine Politesse beim Ausstellen eines Strafzettels. Dem hinzukommenden Fahrzeugbesitzer gelingt es, sie von ihrem ordnungsbehördlichen Tun abzubringen, indem er ihr das beworbene Milchprodukt zum Verzehr anbietet. Der Werberat war nicht der Meinung, der Spot missachte Ordnungsorgane, vermittele den Anschein der Bestechlichkeit und sei darüber hinaus insbesondere für Jugendliche von negativem Vorbildcharakter.

Deutlich zurückgegangen ist im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl der Proteste gegen Werbeaktivitäten der Alkoholindustrie. Es waren nur 3 Beschwerdefälle im Vergleich zu 12 Fällen im Jahr 2004.

Neues Konfliktfeld „Ältere in der Werbung“?

Bei den Inhalten der Kritik an kommerzielle Werbung ragte wie in den zurückliegenden Jahrzehnten auch 2005 der Vorwurf unter der Überschrift heraus „Diskriminierung von Frauen“. Die Menge der einzelnen Proteste schrumpfte auf 216 Eingaben (Vorjahr: 347).

Unternehmen aber lernten schneller als beispielsweise der Staat. Sie spürten frühzeitiger gesellschaftliche Veränderungen und müssen das auch: Wer ankommen wolle, müsse auf die aktuellen Bedürfnisse Rücksicht nehmen und danach den Bedarf organisieren. So verhalte es sich auch mit Werbung.

Erotik in der Werbung spielt zwar nach wie vor eine Rolle. Aber in der gegenwärtigen Phase der Gesellschaft schlage das Pendel allmählich zurück. Diesem Trend müssten die werbenden Firmen entsprechen.

Es gebe zwar nach wie vor Grenzüberschreitungen in der Werbung, die aus Sicht des Werberats und damit auch der Werbebranche zu beanstanden seien. Die tendenzielle Abnahme aber von kritikwürdigen Werbeaktivitäten zeige, dass die Sensibilität in der Wirtschaft weiter wächst, „der Wert der Rücksichtnahme auf die Empfindungen unworbener Menschen also

tragendes Element in der kommerziellen Kommunikation ist.“ Dass unter den tausenden von Werbeaktivitäten pro Jahr einzelne Rücksichtslosigkeiten vorkommen, bleibe beklagenswert, könne aber nicht als Misstand qualifiziert werden. Werbeooligans sind daher die Ausnahme.

Ein neues Problemfeld könnte auch den Deutschen Werberat in den kommenden Jahren und Jahrzehnten stärker beschäftigen: Die Darstellung von älteren Menschen in der Werbung. „Wer öffentlich auftritt, trägt öffentlich Verantwortung“, appellierte

Schrader an die Wirtschaft. Das Gremium werde die Entwicklung auch in diesem Bereich aufmerksam begleiten. *Bearbeitet von Martin Ruf*

Weitere Informationen:

Jahrbuch Deutscher Werberat 2006, 72 Seiten, 5,00 Euro plus Versand, Studenten: 2,50 Euro (mit Studienbescheinigung); Verlag edition ZAW, Berlin. Bestellungen: Fax (030) 59 00 99-722, zaw@zaw.de, Postadresse: 10873 Berlin. Kontakt: Volker Nickel, Mobil 01 72-251 77 82

Globalisierung an der Grenze:

HP-Geschäftsstellenleiter referiert an Berufsschule – Pilotprojekt geplant

Zwei außergewöhnliche Unterrichtsstunden erlebten an der Berufsschule Weiden zwei Fachklassen für Industriekaufleute. Vorausgegangen war eine erfolgreiche Bewerbung bei der Initiative der Zeitung Handelsblatt im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Mitarbeiter machen Schule“ durch die Schule. Nur wenige Schulen kamen hier bundesweit zum Zuge.

Und so sprach Jürgen Klieber, Geschäftsstellenleiter der Hewlett-Packard GmbH (HP), Standort Nürnberg, über das Thema „Globalisierung“. Dabei erläuterte er Strategien, Vorteile und Problemfelder der Globalisierung sowie der damit einhergehenden internationalen Arbeitsteilung. Beispielsweise sei eine Zentralisierung bestimmter Unternehmensfunktionen bzw. Aufgaben auf bestimmte Standorte für das Unternehmen mit seinen etwa 150 000 Mitarbeitern in 178 Ländern unabdingbar, damit Kosten eingespart und die Wettbewerbsfähigkeit aufrecht erhalten werden könnten.

Ebenso notwendig für das weltweit tätige Unternehmen sei eine ständige Fortbildung der Mitarbeiter, ihre Identifikation mit dem Unternehmen

und die Überwindung von Sprachbarrieren. Auch eine hohe Motivation der Mitarbeiter und die Bereitschaft zur Eigeninitiative seien unverzichtbare Bausteine. Sowohl für ein Unternehmen als auch für seine Mitarbeiter gelte: „Wenn du stehen bleibst, hast du schon verloren!“ Die Schüler

dankten dem Gast mit lang anhaltendem Applaus.

Anschließend kam es zum Start einer „Private Public Partnership“ zwischen der größten Berufsschule Bayerns und dem Unternehmen HP. Weiterführende Gespräche zwischen Dipl.-Ing. Dieter H. Rummel (Accountmanager bei HP) und Schulleiter Heribert Mohr erfolgten bereits mit dem Ziel, Managed Learning Environment auf die BS Weiden als Pilot für Bayern zu übertragen. <

Richtigstellung:

In Ausgabe von VLB-akzente 08/09 2005, S. 22 – 24 haben wir den Artikel „Kollux-Erlanger Modell: Qualitätssicherung durch Balanced Scorecard“ mit dem Autor Dietrich Weidinger veröffentlicht, der diesen Artikel in gutem Glauben für alle drei am Projekt beteiligten Erlanger Schulen eingereicht hat. Leider haben wir erst nachträglich erfahren, dass wesentliche Teile der Ausführungen auf der Urheberschaft von Rosemarie Thiele, Breslauer Str. 30 a, 91058 Erlangen, basieren, die damit auch als Autorin zu nennen gewesen wäre, was wir hiermit richtig stellen. *Redaktion VLB-akzente*

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

Am 10. und 11. November 2006 findet unter dem Motto

„Berufliche Schulen – Investitionen in eine erfolgreiche Zukunft“

der 8. VLB-Berufsbildungskongress in Memmingen statt.

Durch Gesundheit gute Schule machen:

www.Anschub.de

EVA SCHORER

Wer könnte es bestreiten – Lern- und Leistungsfähigkeit hängen in einem hohen Maß von der Gesundheit der Menschen ab. Damit ist nicht nur die körperliche Gesundheit gemeint, sondern auch das soziale und seelische Wohlbefinden. Versuchen Sie doch einmal fachlich etwas an die Schüler heranzutragen, wenn diese gerade dabei sind einen Konflikt in ihrer Klasse auszutragen oder durch schwere persönliche Probleme belastet sind.

Zahlen belegen, dass es mit der Gesundheit der Kinder und Jugendlichen in unserem Lande nicht so gut bestellt ist. Übergewicht, mangelnde Koordinierungsfähigkeit durch zu wenig Bewegung, aggressives Verhal-

Diese Tatsachen haben die Bertelsmann-Stiftung bewogen, ein Projekt zu initiieren, das die Entwicklung von Schulen zu „guten gesunden Schulen“ unterstützen soll. Anschub.de läuft seit dem Schuljahr 2004/05 als Modellprojekt auch in der Region Bad Kissingen – Würzburg.

Dreizehn Schulen wollen gemeinsam ihrer Bildungsqualität durch gesundheitsfördernde Maßnahmen verbessern. Wie sehen die dazugehörigen Maßnahmen für Lehrer, Schüler und Eltern vorgestellt aus? Drei Beispiele sollen dieses verdeutlichen.

Kollegiale Beratung – Gesunde Lehrer lehren besser!

In einem zweitägigen Workshop erfahren Lehrkräfte, wie sie schwierige Si-

Ziel. Die Ergebnisse werden auf einer Website eingegeben, auf der dann die Durchschnittswerte ermittelt werden. Zudem findet sich dort noch eine Menge Informationen rund um das Thema Bewegung. In den folgenden Wochen finden in der Schule und auch zuhause – viele Eltern machen nämlich mit – weitere Aktionen für „mehr Bewegung“ statt. Zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule, Nordic-Walking im Sportunterricht oder ein bewegtes Wochenende mit den Eltern. Vor allem die gemeinsame Aktion von Lehrern, Schülern und Eltern – trägt zum Erfolg bei.

Prima Klima – Gemeinsam die gute gesunde Schule gestalten

Ohne die Eltern geht nichts. Das ist in der Gesundheitserziehung eine wichtige Erkenntnis. Was nützt eine gesunde Schulverpflegung, wenn den Kindern zuhause nicht ebenfalls gesundes und vor allem gemeinsames Essen angeboten wird? Walk an Win funktioniert dann am besten, wenn die Eltern mit dabei sind. Auch beim Lernen geht es nicht ohne die Unterstützung der Eltern. Am wirkungsvollsten sind die Maßnahmen, wenn Lehrer und Eltern gemeinsam an einem Strang ziehen. Dazu muss man sich aber über die Richtung einigen. Im Rahmen von Anschub gibt es daher gemeinsame Fortbildungen für Lehrer und Eltern, bei dem die Vorstellungen und Anliegen abgeglichen werden und gemeinsame Ziele gesteckt werden. So kann gemeinsam an einer guten gesunden Schule gearbeitet werden.

Sind Sie neugierig geworden? Wollen Sie mehr wissen? Auf der Website www.Anschub.de finden Sie viele weiterführenden Informationen über das Projekt, wirkungsvolle Beispiele anderer Schulen und Hilfestellungen. <

¹⁾ WIAD-AOK-DSB-Studie II: Bewegungsstatus von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (Kurzfassung einer Untersuchung von mehr als 20000 Kindern und Jugendlichen, die im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative von AOK, DSB und WIAD „Fit sein macht Schule“ getestet wurden), 2003



Anschub.de
für die gute gesunde Schule

ten oder auch Depressionen nehmen zu. Die Zahlen der Krankenkassen bestätigen das und unsere Erfahrung als Lehrer ebenfalls. Nach der WIAD-AOK-DSB-Studie II von 2003 ist allein bei den 10- bis 14-Jährigen seit 1995 ein Rückgang der Fitness um mehr als 20% zu verzeichnen. Auf der anderen Seite möchten, wie die Studie deutlich macht, 45% der Kinder und Jugendlichen künftig gerne mehr Sport treiben, als sie es derzeit tun, und dies umso eher, je nötiger sie es haben.¹⁾

Auch mit der Gesundheit der Lehrer steht und fällt der Erfolg der Bildungs- und Erziehungsarbeit an Schulen. Ausfall von Kollegen bedeutet immer eine Belastung für das ganze System Schule und alle Menschen, die in diesem System eingebunden sind.

tuationen in ihrem Schulalltag miteinander analysieren, bewerten und sinnvolle Lösungen erarbeiten können. Diese Fortbildung ist Grundlage für die Gründung von Beratungsgruppen, die zunächst unter fachlicher Leitung eines Supervisors, später dann von den Teilnehmern selbst übernommen werden. Es geht darum, die Arbeitsbelastungen zu verringern und damit die Gesundheit der Lehrer zu stärken.

Walk and Win – Gesunde Schüler lernen besser!

Das vierwöchige Programm für Schüler wird durch Lehrkräfte begleitet. Jeder Teilnehmer erhält einen Schrittzähler, um zunächst einmal sein eigenes Bewegungsverhalten einzuschätzen. 10000 Schritte täglich – bei Kindern sogar 15000 Schritte sind das

Leinen los oder frischer Wind für das Lernfeldkonzept:

Modellversuch Segel-bs nimmt Fahrt auf

PETER ALLMANSBERGER

Ausgangslage

Der Modellversuch Segel-bs wird durch das Bayerische Kultusministerium und das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und ist in das Programm „SKOLA“ (selbst gesteuertes und kooperatives Lernen in der beruflichen Erstausbildung) der Bund-Länder-Kommission eingebunden. Die Planungen zur Föderalismusreform sehen vor, das Instrument der gemeinsamen Innovationsförderung abzuschaffen. Insofern könnte Segel-bs der letzte BLK Modellversuch in einer Reihe erfolgreicher Modellversuche sein. Ein Nachfolge-Instrument zu den BLK-Modellversuchen ist derzeit noch nicht in Sicht.

Der MV Segel-bs ist ein Verbundmodellversuch der Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen. Das bayerische Programmelement fokussiert im Rahmen der primären Aufgaben die methodische Gestaltung und Evaluation von selbstreguliertem Lernen. Außerdem werden speziell organisatorischen Fragen der Schulentwicklung thematisiert. Im Rahmen des nordrhein-westfälischen Programmelements wird ein inhaltlicher Schwerpunkt auf Fragen des E-Learnings, der Nachhaltigkeit und der interkulturellen Kompetenz gelegt. Daneben soll ein Konzept für die Lehrkräfteentwicklung erarbeitet werden. Die wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs erfolgt durch den Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik der Universität Paderborn. In Bayern startete der Modellversuch zum 1. Oktober 2005.

Bedeutung und Zielsetzung

Die 1996 von der KMK getroffene Vereinbarung, für die Gestaltung von Rahmenlehrplänen das Lernfeldkonzept einzuführen, hat mittlerweile fast alle dualen Ausbildungsberufe erreicht, neue Berufe werden diesem

Konzept eingeordnet. Lernfeldorientierte Lehrpläne folgen dem Prinzip der Handlungsorientierung, sie sind sehr offen formuliert, die Schulen haben viele Ausgestaltungsmöglichkeiten, Neuerungen können vor Ort eingearbeitet werden.

Es wird deshalb eine wesentliche Aufgabenstellung im Rahmen dieses Modellversuchs sein, das Lernfeldkonzept und, was wesentlich erscheint, die Möglichkeiten über Lernsituationen dieses Konzept umzusetzen, im Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen darzustellen.

Selbstreguliertes Lernen

Ein Blick in die Veröffentlichungen zum Thema selbstreguliertes Lernen zeigt, dass mit recht unterschiedlichen Begriffen gearbeitet wird. Selbstreguliertes, selbstorganisiertes Lernen findet sich genauso wie selbstbestimmtes und selbstgesteuertes Lernen. Innerhalb des MV Segel-bs werden diese Begriffe synonym verwendet, wobei Selbstregulierung bedeutet, dass Inhalte und Ziele durch den Lehrplan vorgegeben werden, die Steuerung der Arbeitsprozesse jedoch frei entschieden werden kann.

Die Erziehung zur Selbständigkeit, als allgemeines Erziehungsziel soll den Schüler befähigen, berufliche Handlungssituationen umfassender und qualifizierter zu lösen. Selbstreguliertes Lernen wird zur Zielvorstellung des Unterrichts erklärt und dies mit guter Begründung. Die Fähigkeit, sich mit Hilfe von Strategien Wissen informell anzueignen, eigene Lernprozesse in Gang zu setzen und zu gestalten, entscheidet über den beruflichen Erfolg, dies ist durch verschiedene Untersuchungen belegt. Die Entwicklung von Förderstrategien, die Schülerinnen und Schülern ermöglichen, auf der Grundlage bestehender und weiter zu entwickelnden Kompetenzen eigene Lernprozesse positiv zu gestalten,

ist Gegenstand des Modellversuchs.

Konsequenzen für den Unterricht

Lernfeldorientierte Lehrpläne bedeuten, dass die Curriculumentwicklung an der Schule erfolgt. Aus den Lernfeldern werden im Team Lernsituationen entwickelt, die berufliche Problemstellungen abbilden und deren handlungsorientierte Lösung erfordern. Dies bewirkt eine Förderung beruflicher Handlungskompetenz, da erworbenes Wissen in beruflichen Situationen angewendet werden kann. Lernsituationen fördern kooperative Arbeitsformen und initiieren zusehends Elemente der Selbststeuerung, da selbständiges Problemlösen im Mittelpunkt der Lernsituation steht. Das „Wissen“ der alten Fächersystematik wird ersetzt durch ein Können im beruflichen Alltag.

Ausbildungsberufe

Der MV Segel-bs wird für die Ausbildungsberufe Verkäufer/in, Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Medizinische Fachangestellte, Zahnmedizinische Fachangestellte, Altenpfleger/Altenpflegerin, Gesundheits- und Krankenpflegerin und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger durchgeführt.

Schulen

Das Konzept des Modellversuchs Segel-bs startete in der ersten Phase mit sechs Schulen, wobei bei der Auswahl der Schulen darauf geachtet wurde, dass alle Regierungsbezirke vertreten sind. Dadurch soll eine möglichst große Verbreitung der Ergebnisse des Modellversuchs erreicht werden und dem Aspekt der Nachhaltigkeit Rechnung getragen werden (siehe Abbildung 1, Seite 24).

Transfer

Ein wesentliches Element der Modellversuche stellt der Transfer der Ergebnisse dar. Dieser Transfer erfolgt von den Schulen der Phase I zu den Schulen der Phase II während der Laufzeit des Modellversuchs und nach dessen Abschluss (siehe Abbildung 2, Seite 24).

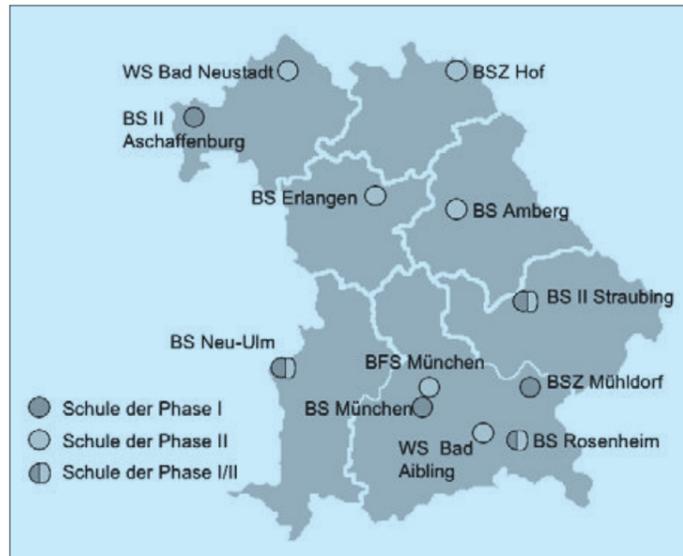


Abbildung 1: Modellversuchsschulen.



Abbildung 2: Transfer von Phase I und II.

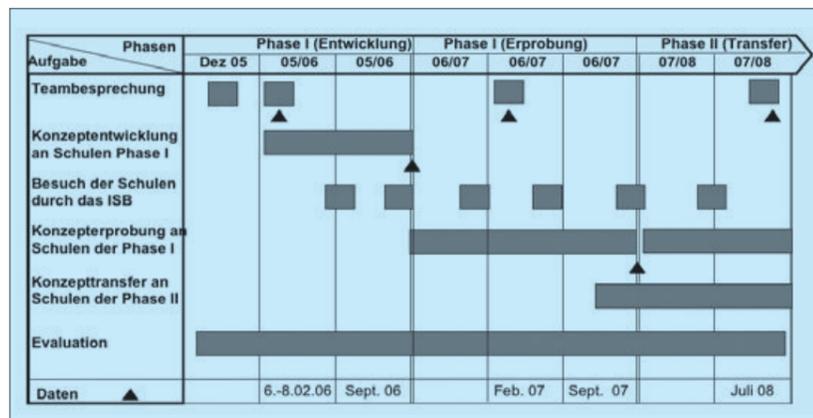


Abbildung 3: Geplanter Projektverlauf.

Transferschulen sind Wirtschaftsschulen und Berufsschulen, die am Modellversuch JOA (Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag) teilnehmen. Die Transferschulen übernehmen die erprobten Lernsituationen der Schulen aus Phase I, modifizieren sie bzw. passen sie der Schulart an. Das Konzept des Verbundmodellversuchs sieht auch einen länderübergreifenden beidseitigen Transfer der Ergebnisse der Entwicklungsphase vor.

Derzeitiger Stand

Die Schulen der Phase I erstellen eine didaktische Jahresplanung, ausgehend von der Jahrgangsstufe 10 des jeweiligen Ausbildungsberufes. In Anwendung der von der wissenschaftlichen Begleitung formulierten Strukturmerkmale für Lernsituationen werden bis zum Ende des Schuljahres 2005/2006 von den Lehrerteams Lernsituationen entwickelt, die dann im Schuljahr 2006/2007 unterrichtlich erprobt werden. Arbeitstreffen an den Schulen durch Referenten des ISB und durch die wissenschaftliche Begleitung runden diese Phase ab.

Projektorganisation

Die nachfolgende Organisationsstruktur soll sicherstellen, dass die für die jeweiligen Ausbildungsberufe relevanten Gruppen bereits während



Abbildung 4: Projektorganisation.

der Laufzeit des Modellversuchs in die Entwicklungsarbeit eingebunden werden. Fortlaufende Treffen und Informationsaustausch bereiten die Einbeziehung der Ergebnisse in die regionalen Fortbildungskonzepte vor.

Geplante Verbreitung der Ergebnisse

Die Ergebnisse des Modellversuchs, so wurde beim ersten Treffen mit den Damen und Herren der Schulabteilungen der Bezirksregierungen ver-

einbart, werden in die regionalen Fortbildungskonzepte eingebaut und über Referenten und Multiplikatoren in Abstimmung mit der ALP in ein Gesamtkonzept eingebettet. Die Möglichkeiten der Veröffentlichung, z. B. in den Medien der zuständigen Stellen, sollen genutzt werden. Fachvorträge ergänzen dieses Konzept. Im Herbst 2008 werden die Ergebnisse des Modellversuchs in einem Abschlussbericht dokumentiert.

Europatag 2006 der Berufsschule Weiden:

Auf dem Weg ... zur EuropaBerufsschule

DR. GERHARD KELLNER

„Erep, davon leitet sich Europa ab, und steht im Hebräischen für Abendland“, so leitet Bischof em. Manfred Müller das Pontifikalamt ein, das den Europatag der Berufsschule Weiden am 5. Juli eröffnet. Die gemeinsame Kultur des Abendlandes, geprägt durch das christliche Denken, sei das Band, das Europa zusammenhalte. Die Fahne mit den zwölf Sternen verkörpere im Kreis das Zeichen der Einheit, die „zwölf“ Sterne stünden für Vollkommenheit und Vollen- dung in Anlehnung an die Darstellung der Immaculata, der unbefleckten Empfängnis Mariens. So bedeutete Erziehung im Europäischen Sinne unter Beachtung der Hauptgrundsät-

ze der Erziehung: Vorbildwirkung und Liebe, immer etwas Gutes, so der ehemalige Schulbischof.

Bestärkt durch diese geistlichen Worte konnte der 2. Europatag der Berufsschule Weiden, der gleichzeitig der „letzte Schultag“ von Schulleiter Heribert Mohr sein sollte, nur ein Erfolg werden.

Der stellvertretende Schulleiter Thomas Neumann konnte in seiner Begrüßungsrede zahlreiche Ehrengäste aus aller Welt willkommen heißen. Da waren die Europaministerin Emilia Müller, Erziehungsminister Dr. Aires B. Ali aus Mosambik begleitet von Generalkonsul Lingel und Prof. Dr. Dr. Filipe Couto, der Regierungspräsident der Oberpfalz Dr. Wolfgang Kunert, der Ober-



Viele Ehrengäste besuchen den Europatag. Vorne von links: Der neue Schulleiter Josef Weilhammer, Generalkonsul Lingel, Übersetzer, Kultusminister Dr. Ali aus Mosambik.

bürgermeister der Stadt Weiden Hans Schröpf, sowie zahlreiche Bürgermeister der Region. Neben den Schulleitern der internationalen Partnerschulen und den regionalen Schulleiterkollegen nahmen vor allem viele Vertreter der Wirtschaft teil, unter denen Dr. Jürgen Helmes, der Hauptgeschäftsführer der IHK Regensburg, Karl Arnold, Kreishandwerksmeister und Jürgen Spickenreuther, der Präsident des Wirtschaftsclubs Nordoberpfalz hervorzuheben sind.

Europa muss gelebt werden

Neumann stellt den Tag unter das Motto „Europa ist nicht nur eine Bezeichnung für eine Region, sondern Europa muss gelebt werden“ und er untermauert diese Aussage mit einem Zitat: „Man kann keinen Menschen zwingen, sich als Europäer zu fühlen, aber man fühlt sich sofort als Europäer, wenn man Freunde in Europa hat“, deshalb gelte es den jungen Menschen diesen Zugang zu Freunden zu schaffen.

„Das reale Europa ist weiter fortgeschritten, als viele Menschen (auch Politiker) glauben“, mit diesen Worten eröffnet die Staatsministerin Emilia Müller den Festakt zur Namensänderung der Staatlichen Berufsschule. Sie betont in Ihrer Rede vor allem den unermüdlichen Einsatz des scheidenden Weidener Schulleiters Heribert Mohr, der mit seinem visionären Blick nach außen als Motor den Aufbau eines engen internationalen Netzes zu Schulen und Einrichtungen in der Slowakei (Spisska Nova Ves), in Kroatien (Oroslavje), Tschechien (Kromeriz), Österreich (Wals), Frankreich (Illkirch), Finnland, Lettland, Rumänien und Türkei auf- und ausbaute. Die durch Comenius 1 und 2 im Rahmen des Bildungsprogramms SOKRATES und durch LEONARDO DA VINCI geförderten Aktivitäten stünden für die Pionierleistung der Schule und rechtfertigten die Aufnahme der europäischen Ausrichtung in den Schulnamen.

Leuchtturmschule

„Durch diesen konsequenten Weg gelang es Heribert Mohr mit seinen Mitarbeitern in den fünf Jahren sei-



Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller.

nes Wirkens die Berufsschule Weiden nicht nur in Europabelangen zu einer Leuchtturmschule auszubauen und dem Ruf über die Region und Bayern hinaus Klang zu verleihen“, lobt die Ministerin den Schulleiter.

Mit diesen Worten enthüllt Emilia Müller die Glastafel mit dem Schriftzug „EuropaBerufsschule“, der ersten bayerischen dieser Art, wie sie betont. Mit Ihrem Glückwunsch weist sie, an den Nachfolger in der Schulleitung Josef Weilhammer gewandt, auf die im Namen verborgene Verpflichtung hin und formuliert ihr Anliegen, dass dieser Name weiterhin Ansporn für die Schule sei, als interkulturelles Kompetenzzentrum zu dienen. Die Europaministerin wünscht sich eine neue Welle der Begeisterung für Europa, diese könne nur über die Jugend getragen werden und deshalb sei eine solche Namensgebung der geeignete Weg den Mehrwert Europas darzustellen und sichtbar zu machen.

Die Aufwertung zur Europaberufsschule unterstreicht Oberbürgermeister Hans Schröpf, indem er dem Vorplatz der Berufsschule den Namen „Europaplatz“ gibt und ihn aus der Taufe hebt. Der OB überreicht Heribert Mohr zum Abschied die Max-Reger-Medaille in Silber und dankt ihm mit dem Komplement, er habe die Schule mustergültig geleitet, fügt aber mit einem Schmunzeln, bezugnehmend auf die unerschöpflichen Ideen des Schulleiters, hinzu: „Ich hatte Schwierigkeiten zu bremsen.“

Unter Starkstrom

Der Regierungspräsident Dr. Wolfgang Kunert weiß Antwort und vermu-

tet: „Heribert Mohr hat Starkstromelektriker gelernt, da muss etwas hängen geblieben sein.“ Der Präsident ist gekommen, um im Rahmen des Europatages Schulleiter Mohr in die passive Phase der Altersteilzeit zu entlassen. Er skizziert seine Vita kurz: Lehre, Fachhochschulreife, Ingenieurstudium gehen voraus, ehe Mohr auf seine pädagogischen Fähigkeiten aufmerksam wird. „Nach dem Lehramtsstudium an der TU München in Metall, Physik und Mathematik ist er in seiner Karriere nicht aufzuhalten“, so der Regierungspräsident. Fachbetreuer, Seminarleiter und schließlich 1997 Schulleiterstellvertreter in Schwandorf sind die nächsten Stationen. Schulentwicklung mit den Themen: Offene Schule, KO-BAS, Lernortkooperation, innovative Schule und Schule als Unternehmen seien dabei immer seine Steckbriefe gewesen, die er ab 2001 als Schulleiter von Weiden realisieren konnte. Dabei sei ihm der Modellversuch „Modus 21“ und die damit verbundenen größeren Freiheitsgrade gerade recht gekommen. Dr. Kunert sei ebenfalls sein Tatendrang, aber auch sein Teamgeist aufgefallen. Er beschreibt, dass Mohr den neuen unternehmerisch denkenden und handelnden Schulleitertyp verkörpere und fügt mit Humor hinzu: „Als solcher hat er die Schulaufsicht stets auf Trab gehalten.“

Der Regierungspräsident schlägt in seiner Rede aber auch nachdenkliche Töne an, sinkende Schülerzahlen und immer differenziertere Ausbildungsberufe ergäben gerade für das flache Land Probleme bei der Klassenbildung und letztendlich würden Schulstandorte gefährdet. Diese Situation verlange Schülern und Lehrkräften ein hohes Maß an Flexibilität ab.

Dem neuen Schulleiter Josef Weilhammer sichert er von Regierungsseite auch in Zukunft tatkräftige Unterstützung zu.

Kommissar für Integration

Der Schulleiter Dr. Ruttkey aus Spiska Nova Ves (Slowakei) spricht stellvertretend für die internationalen Schulleiterkollegen und redet vom Erfolg des i-mechatronic-Projektes (Comenius 1) an dem vier Städte betei-



Regierungspräsident Dr. Wolfgang Kunert (rechts) verabschiedet Schulleiter Heribert Mohr.

gt sind. Dabei seien neben Wissensaustausch bereits viele Freundschaften entstanden. „Politik wird nicht nur von Politikern gemacht“, so Dr. Ruttkey, „sondern von Menschen ohne Kameras und das ist viel wichtiger“. Unabdingbar sei gegenseitiger Respekt. Und diesen zollt er vor allem seinem Schulleiterkollegen Heribert Mohr. Er zeichnet ihn als versteckten Motor der bestehenden Projekte aus und gibt ihm den „Titel“ „Europäischer Kommissar für Integration.“ Er versichert ihm, dass er nicht nur Freunde in Deutschland, sondern in ganz Europa habe.

Stolz auf Partnerschaft

Die Vertreter der Wirtschaft akzentuieren wie wichtig es sei, dass die europäische Realität der Kooperationen auch in den Schulen Einzug halte. Dr. Helmes betont die „hohe Kompetenz der frischgebackenen Europaberufsschule in vielen Belangen“ und bekennt sich mit Stolz zur Partnerschaft mit dieser Schule.

Bundespräsident als Pate

„Vergessen Sie vor lauter Europa Afrika nicht!“ appelliert der Minister für Erziehung und Kultus Dr. Aires B. Ali aus Mosambik an die Festgäste. Erst Anfang April hat Bundespräsident Horst Köhler bei seinem Besuch dem ostafrikanischen Land Hilfe besonders beim Aufbau berufsbildender Schulen zugesagt. Weiden ist bundesweit die erste Stadt, die dieses Versprechen mit Leben erfüllt. Die EuropaBerufsschule wurde durch die Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller wegen „ihrer Innovationsfreude und ihres stets aufgeschlos-

senen Schulleiters“ für diese Entwicklungsaufgabe ausgesucht und übernimmt somit eine Vorreiterrolle.

Minister Ali sei dabei, eine Ausbildungsreform umzusetzen und die vorhandenen und neu zu gründenden beruflichen Schulen in seinem Land auf internationales Niveau zu bringen. Mosambik wolle ein attraktiver Standort im Konkurrenzkampf mit anderen ostafrikanischen Ländern werden, der sich aus den Fängen der Armut lösen könne. Dazu brauche man massive Unterstützung und vor allem Hilfe zur Selbsthilfe. Diese solle durch Lehrertausch und Lehrerfortbildung von Kollegen aus Mosambik, die dann als Multiplikatoren fungieren, umgesetzt werden.

Marktplatz der Ideen

Mit dem Ausblick auf eine neue Dimension internationaler Zusammenarbeit lässt sich der Noch-Schulleiter nach seinen Dankesworten in das Europaforum hinausspielen, wo die Schule auf einem Marktplatz Ideen und Projekte auf Infoständen und Schautafeln dargestellt hat. Darunter sind u.a. neben den erwähnten Comenius-Projekten die erste deutsch-tschechische Europaklasse in Kooperation mit Wals und Illkirch und das Profi-Net in Zusammenarbeit mit Siemens ausgestellt.

„Freundschaft“ geht durch den Magen

Der Europatag zeigt sich „multi-lingual“, mit Fürbitten im Gottesdienst in acht Sprachen, „multitonal“ mit der professionellen Interpretation internationaler Komponisten und „multigustal“, indem nach vier Stunden Programm internationale Küchenspezialitäten aller beteiligten Länder angeboten werden, zubereitet und serviert durch die Köche der Partnerschule der Kompetenzregion Oberpfalz-Nord, der BFS aus Wiesau.

Getreu dem Motto im Leitbild der Berufsschule „Partnerschaften pflegen“, mit der Zielvorgabe der interkulturellen Bildung der Jugend, kann dieser Europatag als Meilenstein auf dem angestrebten Weg gewertet werden. <



Kaffee-Pause!

KRUPS



Cappuccino Plus-Aufschäumhilfe

88,-

102,08 inkl. MWSt

Espresso im Nu!

Krups FNC 1-54 Novo Plus. Durch das Edelstahl-Thermoblocksystem erhalten Sie mit der Nova Plus blitzschnell Ihren Espresso. Ein automatisches Entleeren des Wasserblocks und der abnehmbare Wassertank sorgen für hohen Komfort.
731 715

Saeco



15 bar Pumpendruck

165,-

191,40 inkl. MWSt

Der Klassiker!

Saeco Aroma Chrom. Mit diesem Espresso/Cappuccino Kombigerät verfügen Sie über die klassische Maschinenausstattung im Kleinformat, wie man Sie in italienischen Bars und Cafes kennt. Tassenwärmer und Crema-Garantie gehören zur Grundausstattung.
395 337

Melitta



Espresso/Cappuccino/Kaffee

319,-

370,04 inkl. MWSt

Höchster Genuss!

Melitta Caffeo N 66 E 911. Sie lieben Kaffeespezialitäten aus aller Welt? Dann treffen Sie mit dem Melitta Caffeo die richtige Wahl! Mahlwerk, Aroma-Brühverfahren, automatisches Reinigungsprogramm und hoher Bedienkomfort sind garantiert.
890 377

Alle Preisangaben Stand 27.06.2006

TECHNIKdirekt.de
business

Telefon: 09 31-9 70 84 56
www.technikdirekt-business.de

Kreisverbände

KV Nürnberg

Informationsveranstaltung

„Mitwirken, mitgestalten, mitbestimmen“ lautete das Thema der Veranstaltung des Kreisverbandes Nürnberg mit dem Hauptpersonalrat im Kultusministerium und stellvertretenden Landesvorsitzenden Wolfgang Lambl am 4. Mai 2006 im Berufsbildungszentrum in Nürnberg. Nach der Begrüßung durch die Kreisvorsitzende Ulla Pilz beantwortete Wolfgang Lambl Fragen zum Dienst- und Arbeitsrecht. Thematisiert wurde das Strukturreformgesetz (Statusrecht, Besoldungsrecht, Versorgungsrecht) im Rahmen der Föderalismusreform. Es stellt sich die Frage, wie die einzelnen Bundesländer mit der Öffnungsklausel und der Länderkompetenz umgehen. Im Extremfall entstehen 17 verschiedene Einzelregelungen. Wolfgang Lambl erläuterte die neuen Ernennungsrichtlinien berufliche Schulen (ErbSch) für den Freistaat

Bayern. Die Stadt Nürnberg wählt bei der Funktionsstellenbesetzung ein anderes Verfahren. Die Funktionsstellen werden ausgeschrieben und es wird ein Auswahlverfahren durchgeführt, anschließend wird die Stelle ohne Beförderungswartezeit besetzt. Die anwesenden Mitglieder bedauerten, dass die Möglichkeit der Altersteilzeit ausläuft bzw. stark eingeschränkt wurde. Mit dem Versorgungsänderungsgesetz sind weitere Abschlüsse im Versorgungsbereich vorprogrammiert. Deshalb empfiehlt Wolfgang Lambl vor allem Mitgliedern unter 50 Jahren, private Vorsorge (z.B. Riesterrente) zu treffen. Norbert Durner, Stufenpersonalrat berufliche Schulen, erklärte die Struktur der Personalvertretung der Stadt Nürnberg und informierte über die Personalratswahlen. Die Kreisvorsitzende, Ulla Pilz, beendete die Veranstaltung mit dem Hinweis auf den Berufsbildungskongress am 11. und 12. November 2006 in Memmingen.

Elfriede Sulzer-Gscheidl



Standen den Mitgliedern Rede und Antwort, von links: Elfriede Sulzer-Gscheidl, Horst Lochner, Wolfgang Lambl und Ulla Pilz.

ort in den neuen Bundesländern entschieden, um die Zusammenarbeit mit den Vertretern in diesen Bundesländern zu verbessern. Bisher war aus diesem Bereich nur Mecklenburg-Vorpommern regelmäßig bei diesen Treffen vertreten. In Erfurt nahmen Peter Harms, Vorsitzender des dortigen Berufsschullehrerverbandes und Beate Ulich, die Schulleiterin der landwirtschaftlichen Berufsschule in Schwerstedt, an unserer Sitzung teil.

Generell muss festgestellt werden, dass – bei etwa gleich bleibenden Schülerzahlen – die Konzentration der Standorte weitergeht. Im Extremfall bedeutet dies nur noch einen Berufsschulstandort im Bundesland. Dies ist bereits in Thüringen und ab 2007 in Mecklenburg-Vorpommern der Fall. Auch in den alten Bundesländern werden Standorte mit Parallelklassen angestrebt.

Mit großem Interesse wurden die Berichte der Länder zum neu eingeführten agrarwirtschaftlichen Beruf „Fachkraft Agrarservice“ aufgenommen. Dieser Beruf soll Spezialisten in den Bereichen Pflanzenbau und Agrartechnik ausbilden und den Nachwuchs für Lohnunternehmer und Maschinenringe sicherstellen. Interessant wäre diese Ausbildung auch für viehlose Betriebe mit einer gewissen Größe. Während sich in Bayern der Berufsstand und das Kultusministerium noch recht abwartend verhalten, haben einige Bundesländer die Beschulung bereits aufgenommen und können durchwegs von positiven Erfahrungen berichten. In folgenden Bundesländern werden an jeweils einem Standort reine Fachklassen mit mehr als 20 Schüler beschult: Mecklenburg-Vorpommern (Güstrow), Niedersachsen (Hannover), Schleswig-Holstein (Rendsburg), Thüringen (Schwerstedt). In Brandenburg und Nordrhein-Westfalen wird eine Beschulung – teilweise zusammen mit anderen Schülern – angeboten.

Weitere Themen wie etwa Schulversuche „Berufsausbildung und Fachhochschulreife in 3 Jahren“ oder dienstrechtliche Themen waren ebenfalls wichtige Diskussionspunkte.

Horst Lochner

FG Sozialkunde

Just Click – die Software zu „Netzwerk Politik“

Mit Just Click hat der Bildungsvorlag Eins ein browserbasiertes Programm auf den Markt gebracht, welches das Unterrichtswerk „Netzwerk Politik“ auf multimediale Weise darstellt und ergänzt.

Das Programm kann im LAN, aber auch als Stand-Alone betrieben werden.

Die web-übliche Navigation erlaubt die Nutzung folgender Funktionen:

- Zugriff auf die einzelnen Lehrbuchseiten und die dort abgelegten Materialien. Dabei können Kapitel und einzelne Seiten gezielt angesteuert werden.
- Zugriff auf eine Materialiensammlung aus Videos, Animationen, Bildern und Texten.
- Zugriff auf Favoriten, d.h. eine Sammlung von Materialien, die der Benutzer aufgrund seiner individuellen Arbeitsweise selbst zusammenstellen kann.
- Zugriff auf einen Lektionsmanager, in dem individuelle Benutzerprofile von Lehrern und Schülern angelegt werden können.
- Zugriff auf einen Stundenplaner, mit dem der Benutzer zu den bereits vorhandenen Unterrichtseinheiten eigenes Material in speziellen, dafür anzulegenden Ordnern zusammenstellen, bearbeiten und abrufen kann.
- Zugriff auf die Website des Verlages, direkt aus dem laufenden Programm heraus. Diese Möglichkeit hat der Benutzer nur, wenn er als Lehrkraft angemeldet ist.
- Zugriff auf eine integrierte Online-Hilfe.

Mit dem Kauf des Produkts erhält der Benutzer nach Verlagsangaben die Lizenz, Just Click auf einer beliebigen Anzahl von Rechnern innerhalb der Bildungseinrichtung des Lizenznehmers zu installieren, auszuführen und zu nutzen. Damit verbunden ist die Berechtigung, Kopien

zu erstellen, die aber ausschließlich in der Bildungseinrichtung des Lizenznehmers sowie durch Lehrkräfte am Heimarbeitsplatz verwendet werden dürfen.

Just Click lässt sich auf Einzelplatzsystemen sehr leicht installieren. Die Einrichtung des Test-Exemplares im Netz bereitete Probleme. Die mitgelieferte Installationsanleitung bot in diesem Fall keine Hilfe. Die Handhabung der Software ist einfach und gelingt, ein wenig Neugier vorausgesetzt, auch dem weniger versierten PC-Benutzer spielerisch. Die vielen, in den einzelnen Kapiteln mit Bedacht hinterlegten Medien ergänzen das Lehrbuch variantenreich. Sie bieten wünschenswerte multimediale Ergänzungen.

Senioren

Ein Skandal mit verheerenden Langzeitfolgen

Man stelle sich vor: Ein aktueller Politiker – Bundestags- oder gar Regierungsmitglied – fordert die besitzlose Szene auf, ihren hoffnungslosen Zustand durch Selbstbedienung bei den Reichen zu beenden. Seine – des Politikers – Karriere als Bundestags- bzw. Regierungsmitglied wäre sehr schnell zu Ende. Er negiert eine Grundfeste unserer Verfassung – das Recht auf Eigentum – eine unbestrittene Todsünde, die nach entsprechender diskussionsloser Bestrafung schreit!

Ähnliches – die Betroffenen werden sehr schnell zu ihrer Entlastung das Totschlagargument: „jeder Vergleich hinkt“ hervorkramen – geschieht seit einiger Zeit nahezu täglich im Zusammenhang mit der Altersversorgung der Beamten.

Da begründen nicht wenige Politiker, darunter auch Regierungsglieder, ihren Ratschlag – besser ihre Forderung – für die Altersversorgung mehr und mehr privat vorzusorgen mit dem Argument, die Pensionen könnten zunehmend den Ruhestand finanziell nicht mehr absichern.

zungs- und Vertiefungsmöglichkeiten im Unterricht, fordern aber auch einen systematischen Mediengebrauch, der trainiert werden will, denn: In Schülerhand verleiht auch ein Mini-Web wie Just Click zu unmethodischem, unreflektiertem Surfen. Wegen des auf die Sozialkunde begrenzten Datenraumes können die Surfer allerdings nicht auf unerwünschte Abwege kommen.

Just Click erfährt keine automatischen Updates und kann daher langfristig kein aktuelles Datenmaterial bieten. Somit bleibt die Frage: Warum für die Arbeit am (vernetzten) PC im Sozialkundeunterricht nicht gleich das Internet benutzen?

Peter Lindacher

Die Behauptung „Pensionen können zunehmend den Ruhestand finanziell nicht mehr absichern“ verstößt eindeutig gegen geltendes Versorgungsrecht. Das Bundesverfassungsgericht – zweiter Senat – stellte in seinem Urteil vom 27. September 2005 (2 BvR 1387/02) eindeutig fest: „Dem Beamten steht hinsichtlich des Kernbestandes seines Anspruchs auf standesgemäßen Unterhalt ein durch seine Dienstleistung erworbenes Recht zu, das durch Art. 3, Abs. 5 GG ebenso gesichert ist wie das Eigentum durch Art. 14 GG“. (Absatz Nr. 1151).

Die staatliche Unterstützung privater Altersvorsorge auch für Beamte (riesterähnliche Sparformen) verführt allerdings zu der angeprangerten Argumentation. Der Gesetzgeber sah wohl auch die Gefahr und stellt in der Gesetzesbegründung klar, dass eine private (auch staatlich subventionierte) Altersvorsorge für eine amtsangemessene Versorgung nicht erforderlich ist. (BT Drucksache 14/7064, S. 31)

„Soweit die Rentenreform des Jahres 2001 dazu führt, dass eine angemessene Altersversorgung nur mit Hilfe zusätzlicher, privater Altersvorsorge gesichert werden kann (vgl.

Fachgruppen

FG Agrarwirtschaft

Jahrestagung des Bundesrings landwirtschaftlicher Berufsschullehrer 2006 in Erfurt

Das jährliche Treffen der landwirtschaftlichen Vertreter der Berufsschullehrerverbände bzw. Fachgruppen fand in diesem Jahr am 12. und 13. Mai in Erfurt statt. Ganz bewusst haben wir uns für einen Sitzungs-

BT Drucksache 14/4595 S. 38) scheidet eine Übertragbarkeit auf das Versorgungsrecht aus“ (BVerfG. 2 BvR 1587/02 Absatz Nr. 133)

Diese eindeutige Rechtslage lässt m. E. nur zwei Schlüsse zu: entweder kennen die so rechtswidrig argumentierenden Politiker die Rechtslage nicht – was sie als Politiker für ungeeignet erscheinen lässt – Unwissenheit schützt vor Strafe nicht! – oder – nicht weniger schlimm, moralisch aber verwerflicher – sie argumentieren wesentlich gegen die Verfassung – eine unerlaubte Selbstjustiz. Möglich und korrekt wäre bei entsprechender Überzeugung gegen den grundgesetzlichen Schutz des „standesgemäßen Unterhalts“ der Beamten vorzugehen, d. h. eine Verfassungsänderung herbeizuführen.

Der grundgesetzliche Schutz ist allerdings als Pendant zur Treuepflicht des Beamten, die nach allgemein anerkannter Auffassung Vorrang gegenüber anderen Verfassungsgrundsätzen hat, von höchster Stärke.

Die offensichtlich unsachgemäße Behandlung der Pensionistenfrage durch viele Politiker ist ein Paradebeispiel, wie die Politiker selbst die so viel beklagte Abkehr der Öffentlichkeit von der Politik selbst verschulden.

Übrigens, das Gerede vieler Politiker von der „Versorgungslast“ entlarvt das Bundesverfassungsgericht:

Die Einheit von Besoldung und Versorgung hat zur Folge, dass es in rechtlicher Hinsicht keine „Versorgungslast“ gibt. Diesem Begriff liegt die unzutreffende Annahme zugrunde, es lasse sich zwischen dem – im Vergleich zu einem Angestellten – preiswerteren aktiven Beamten, bei dem der Dienstherr nicht mit Sozialabgaben belastet ist, und dem teureren Ruhestandsbeamten differenzieren. ... Die Versorgung ist vielmehr die Fortsetzung der Besoldung (BVerfG 27.09.2005 – 2 BvR 1387/02 vom 27.09.2005 Absatz Mr. 144)

Anmerkungen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts

- Absenkung des Versorgungsniveaus von Ruhestandsbeamten

durch Versorgungsänderungsgesetz 2001 verfassungsgemäß J (BVerfG, vom 27.09.2005 – 2 BvR 1387/02)¹⁾

- vgl. ausführliche Zitierung des Urteils in vlb-akzente 11/2005 S. 25 ff, 01/2006 S. 26 ff. und 02/2006 S. 34 ff. bzw. W+E 12/2005 S. 425 ff.

1. Genaues Hinschauen bewahrt vor Enttäuschungen

Über unser – verständliches – Bemühen, dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 27.09.2005 positive Seiten abzugewinnen, sollten wir das Negative nicht übersehen. Zunächst müssen wir die Grundaussage des Urteils: „(Die) Absenkung des Versorgungsniveaus von Ruhestandsbeamten durch (das) Versorgungsänderungsgesetz 2001 (ist) ordnungsgemäß“ zur Kenntnis nehmen, darüber hinaus im Einzelnen die dem Urteil zugrunde liegenden Feststellungen:

- Es existiert kein hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums, der den Gesetzgeber verpflichtet, bei der Anpassung der Bezüge eine strikte Parallelität der Besoldungs- und Versorgungsentwicklung zu gewährleisten
- Auch gibt es keinen hergebrachten Grundsatz, wonach der Höchstversorgungssatz mindestens 75 % der ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge betragen müsste und
- nicht alle Teile der Amtsbezüge müssen ruhegehaltstfähig sein.

2. Ein vermutetes Missverständnis mit schlimmen Folgen für die Versorgungsempfänger

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 27. September 2005 den lange geltenden Höchstsatz von 75 % der Beamtenversorgung als „immerwährend“ verworfen: „Des Weiteren gibt es keinen hergebrachten Grundsatz des Beamtentums, wonach der Höchstversorgungssatz mindestens 75 % der ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge bringen müsse“ (Abs. 105). In seltener Akribie weist das Gericht (in den Absätzen 106 ff) nach, dass die Höchstsätze seit der Weimarer Republik durchaus schwankten und „keinen zwingenden

Bezug zur Angemessenheit der Alimentation aufweist“ (Abs. 109)

So weit, so gut bzw. schlecht. Das Urteil bindet den Staat nicht für immer, an den 75 % festzuhalten. Das Urteil deckt die seit 2003 in Gang befindliche Absenkung auf 71,75 %. Die Begründung hebt wesentlich auf das gerade noch erfüllte Alimentationsprinzip ab.

Davon zu trennen ist aber m. E. die Frage, ob der Staat auch für die Vergangenheit gegenüber dem einzelnen hier frei ist – er hat sich zumindest für unsere Pensionisten-Generation verpflichtet – das ist auch in der Regel individuell verbrieft – 75 % der Besoldung des letzten vom Beamten bekleideten Amtes als Pension zu leisten.

Für jeden, der in das Beamtenverhältnis übernommen wurde, galt ausdrücklich das jeweilige Beamtengesetz (bis 31.12.1976) bzw. Beamtenversorgungsgesetz (ab 01.01.1977). Hier war – und ist es bis heute! – festgelegt, wie viel Prozent für jedes Jahr ruhegehaltstfähiger Dienstzeit das Ruhegehalt beträgt. Seit Jahrzehnten galt; die ersten 10 Jahre Mindestruhegehalt 35 % – keine jährliche Steigerung; dann 15 Jahre Steigerung um jährlich 2 %; die letzten 10 Jahre Steigerung jährlich um 1 % = Höchstsatz 75 % nach 35 Jahren. Ab 02. Okt. 1990 Steigerung jährlich um 1,875 % linearisiert und zeitlich gestreckt – d. h. der Höchstsatz von 75 %, wird erst nach 40 Dienstjahren erreicht; ab 31.12.2002 Steigerung jährlich um 1,79375 %. Auch hier wird der Höchstsatz erst nach 40 Jahren erreicht, aber der beträgt nicht mehr 75 %, sondern nach den vollendeten, seit 01.01.2003 jährlichen Anpassungen 71,75 % und zwar nicht nur für die jetzt (und bis 2010 u. ff.) in Pension Gehenden, sondern auch für vorhandene Pensionisten, mit verbrieften höheren Bediensteten Pensionssätzen!

Die im angegebenen Urteil des Verfassungsgerichts auch in Richtung Vertrauen – Vertrauensschutz gegebene Begründung für die Verfassungsgemäßheit trifft m. E. nicht den angesprochenen Sachverhalt: es geht nicht um das Vertrauen auf das Fortdauern gewohnheitsgemäßen Han-

delns des Staates im ungefähren Bereich, sondern um Einhaltung von vertraglich bewehrten ganz konkreten Verpflichtungen. „§ 69 e BeamtenVG“ – regelt die Absenkung der bereits erworbenen 75 % von bereits im Ruhestand befindlichen Pensionisten – „verletzt die Beschwerdeführer nicht in ihrem verfassungsrechtlich geschützten Vertrauen. Eine Rückwirkung von Rechtsfolgen findet nicht statt. Die ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge und der Ruhegehaltssatz werden erst für die Zeit nach dem Inkrafttreten der Vorschrift abgesenkt. Die Regelung wirkt somit auf gegenwärtig noch nicht abgeschlossene Rechtsbeziehungen für die Zukunft in einer die Rechtsposition der Betroffenen verschlechternden Weise ein.“ (Abs. 153)

Das verstehen auch rechtlich Vorbildete nicht mehr, zumal dasselbe Gericht feststellt:

„Diese Grundsätze“, das Abwägen zwischen dem Vertrauen des Einzelnen auf die Fortgeltung der bestehenden Rechtslage und der unabdingbaren Notwendigkeit, die Rechtslage ändern zu können, um den Staat handlungs- und die Rechtsordnung anpassungsfähig zu halten, „haben im Bereich der Beamtenversorgung und der Sozialversicherung besondere Bedeutung, weil dort die Beschäftigungsverhältnisse erst sehr viel später zu Leistungen führen und die Leistungsempfänger häufig Dispositionen mit langfristigen Auswirkungen treffen. Daher wird im Beamtenversorgungs- und Rentenversicherungsrecht besonderes Vertrauen auf den Fortbestand gesetzlicher Leistungsregelungen begründet. Hinzu kommt, dass Versorgungsempfänger und Rentner in der Regel schon deshalb ein hohes Interesse an der Beständigkeit der Rechtslage haben, weil gerade ältere Menschen bei deren Änderung leicht in eine Lage geraten können, die sie nur schwer oder überhaupt nicht aus eigener Kraft zu bewältigen vermögen. Je größer die insoweit bestehenden Gefahren sind, desto schutzwürdiger wird das betroffene Vertrauen und desto weniger darf es enttäuscht werden“ (Abs. 155)

3. Wie hohe Kürzungen sind nach dem Bundesverfassungsgericht noch legitim?

Dazu macht das Bundesverfassungsgericht mehrere inhaltsschwere Aussagen, ohne allerdings konkrete Zahlen zu nennen.

Aussage 1: „... Die Sicherung eines angemessenen Lebensunterhalts, zu dem auch die Versorgung des Beamten nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst zählt, ist deshalb ein besonders wesentlicher Grundsatz, zu dessen Beachtung der Gesetzgeber verpflichtet ist“ (Abs. 113) Knackpunkt ist der „angemessene Lebensunterhalt“.

Aussage 2: „... Der Beamte muss über ein Nettoeinkommen verfügen, das seine rechtliche und wirtschaftliche Sicherheit und Unabhängigkeit gewährleistet und ihm über die Befriedigung der Grundbedürfnisse hinaus ein Minimum an Lebenskomfort ermöglicht. Hierbei hat der Besoldungsgesetzgeber auch die Attraktivität des Beamtenverhältnisses für überdurchschnittlich qualifizierte Kräfte, das Ansehen des Amtes in den Augen der Gesellschaft, die vom Amtsinhaber geforderte Ausbildung und seine Beanspruchung zu berücksichtigen“ (Abs. 112) Sehr problematisch und auslegungsbedürftig ist „ein Minimum an Lebenskomfort über die Befriedigung der Grundbedürfnisse hinaus“. Eine Auslegung bis zur Untergrenze Sozialhilfe scheint dann möglich.

Aussage 3: „... Schließlich hat der Gesetzgeber zu beachten, dass der Leistungsgrundsatz des Art 33 Abs. 2 GG und das aus Art. 33 Abs. 5 GG folgende Gebot einer dem Amt angemessenen Alimentierung auch unter den Versorgungsempfängern eine Differenzierung der Höhe ihres Ruhegehaltes nach der Wertigkeit des Amtes erfordern, das von ihnen zuletzt ausgeübt wurde. Auch nach einer Absenkung des Versorgungsniveaus muss deshalb ein hinreichender Abstand zur Mindestversorgung²⁾ gewährleistet sein. Blicke die Mindestversorgung nicht auf Ausnahmefälle beschränkt oder liegen die Bezüge ganzer Gruppen von Versorgungsempfängern nicht im nennenswerten Maße über der Min-

destversorgung, so führte dies zu einer Nivellierung, die die Wertigkeit des Amtes nicht mehr hinreichend berücksichtigte“ (Abs. 135)

Offen bleibt das „nennenswerte Maß“, um das das normale Ruhegehalt über der Mindestversorgung liegen muss.

Aussage 4: „... Bei der Konkretisierung der aus Art. 33, Abs. 5 GG resultierenden Pflicht zur angemessenen Alimentierung hat der Gesetzgeber einen weiten Entscheidungsspielraum. Die Alimentation ist ein Maßstabsbegriff, der nicht statisch, sondern entsprechend den jeweiligen Zeitverhältnissen zu konkretisieren ist. ... Der Gesetzgeber darf sie <die Bezüge> vielmehr kürzen, wenn dies aus sachlichen Gründen gerechtfertigt ist. Das kann vor allem dann der Fall sein, wenn er mit der Neufestsetzung der Bezüge oder Umgestaltung ihrer Berechnungsgrundlage unerwünschte Vergünstigungen abbaut oder der Änderung solcher Umstände Rechnung trägt, die auch für die Bemessung der Amtangemessenheit der Alimentation maßgeblich sind“ (Abs. 114) Kürzungen sind also in einem weiten Entscheidungsspielraum möglich.

Aussage 5: „Der Gesetzgeber darf sie <die Bezüge> vielmehr kürzen, wenn dies aus sachlichen Gründen gerechtfertigt ist. ... (Abs. 114) Allerdings hat der Gesetzgeber auch hierbei das Alimentationsprinzip zu beachten, das nicht nur Grundlage, sondern auch Grenze der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers ist; insoweit wird sein Entscheidungsspielraum eingeschränkt.“ (Abs. 115)

Keine sachlichen Kürzungsgründe sind:

- „Die steigenden Ausgaben der Beamtenversorgung, mit denen der Gesetzgeber die Absenkung begründet hat, stellen keinen sachlichen Grund dar.“ (Abs. 121)
- ... können die wachsende Nachfrage staatlicher Leistungen und die Belastungen, die durch die Aufstockung der Zahl der Beamten verursacht werden, für sich genommen eine Absenkung des Versorgungsniveaus zur Einsparung staatlicher Ausgaben nicht rechtfertigen. (Abs. 124)

- Das System der gesetzlichen Rentenversicherung und dessen Veränderungen können allerdings nur insofern zur Bestimmung der Amtsan gemessenheit der Versorgungsbezüge und zur Rechtfertigung von deren Absenkung herangezogen werden, als dies mit den strukturellen Unterschieden der Versorgungssysteme vereinbar ist. Ein vermutlicher Unterschied der gesetzlichen Rentenversicherung gegenüber der beamtenrechtlichen Altersversorgung besteht darin, dass die Sozialrente als Grundversorgung durch Zusatzleistungen ergänzt wird. Die Beamtenversorgung umfasst hingegen als Vollversorgung sowohl die Grund als auch die Zusatzversorgung, wie sie durch die betriebliche Altersvorsorge erfolgt ...“ (Abs. 132) Die Kürzungsgründe für das Versorgungsniveau sind durch die Bindung an das Alimentationsprinzip spürbar eingeschränkt.

Zum Schluss:

Eine positive Generalaussicht, die das Bundesverfassungsgericht zulässt: Es neigt der Auffassung zu, dass die beschlossenen und in der Verwirklichung befindlichen Absenkungen der Beamtenversorgung die Kürzungen im Rentenrecht übertreffen: „Dementsprechend (unter der sachgerechten Berücksichtigung, dass die Rentenversicherung oft nur einen Teil der Altersversorgung ausmacht und dass vorgenommene Kürzungen – jedenfalls teilweise – durch eine staatlich geförderte private Altersversorgung kompensiert werden) haben die in der mündlichen Verhandlung gehörten sachkundigen Dritten übereinstimmend ausgeführt, die Absenkung der Beamtenversorgung gehe über die der Rente hinaus“. (Abs. 136)

Berthold Schulter

¹⁾ Alle Zitate BVerfG. 27.09.2005 – 2 BvR 1387/02, Abs.

²⁾ z. Zt. mindestens 35 v. H. der ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge bzw. – wenn es für den Beamten günstiger ist – 65 % der ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe 4, zuzüglich 30,68 Euro

Maiausflug der oberfränkischen Senioren

Das Jahrestreffen führte die Pensionisten in diesem Jahr nach Rödental bei Coburg zum Schloss Rosenau. Das im Kern mittelalterliche Schlösschen wurde von Herzog Ernst I Anfang des 19. Jahrhunderts im neugotischen Stil umgestaltet. Er und seine Nachfahren nutzten das Schloss als Sommerresidenz. Die 40 Teilnehmer der Führungen bekamen eine anschauliche Vorstellung davon, wie man sich herrschaftliches Ausspannen im 19. Jahrhundert vorzustellen hat.

Biedermeiermöbel, denen man sowohl klassizistischen als auch neugotischen Einfluss ansehen kann, lassen keinen Zweifel daran, dass die Hausherrn ein ausgeprägtes Gespür für eine moderne Inneneinrichtung besaßen und dafür die besten Handwerker beauftragten. Aufwändig gestaltete Parkettböden und farbenfrohe Wand- und Deckenanstriche verleihen den Räumen Leichtigkeit. Die Schlossführer gingen aber nicht nur auf die wunderschöne Inneneinrichtung ein, sondern brachten den Teilnehmern auch die interessante Geschichte des Hauses Sachsen-Coburg-Gotha nahe.

Prinz Albert, der spätere Gemahl von Queen Viktoria wurde hier geboren, seine prachtvolle Wiege gehört noch heute zu den Attraktionen der Sommerresidenz. In den Aufzeichnungen der Queen, die Rosenau nach dem frühen Tod ihres Gemahls oft besucht hat, findet sich auch der berühmte Ausspruch: „Wäre ich nicht, was ich bin, hätte ich hier mein wirkliches Zuhause.“

Ihr ist es auch zu verdanken, dass es möglich war, das Schloss wieder in einen authentischen Zustand zu versetzen, nachdem es nach Kriegsende viele Jahre lang als Altenheim genutzt worden war. Die Aquarelle, die sie von den meisten Räumen hat anfertigen lassen, dienten als Vorbild für die gelungene Wiederherstellung

Der Rückweg zum Parkplatz führte die Teilnehmer durch den Park, der als klassischer englischer Landschaftsgarten gestaltet ist und ebenfalls auf Herzog Ernst I. zurückgeht.



Die Senioren bei der Schlossbesichtigung.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen im Brauereigasthof Grosch in Rödental konnten sich die Begleitpersonen in der Porzellanfabrik Goebel über das Leben der Schwester Maria Innocentia Hummel informieren und anschließend einem Kerammaler und einem Keramformer bei der Herstellung einer Hummelfigur über die Schulter schauen.

Die Verbandsmitglieder blieben im Gasthof. Seniorenvertreter Schramm begrüßte zunächst den Landesvertreter Berthold Schulter und gab dann Informationen über oberfränkische Verbandsangelegenheiten. Er gedachte der vier seit dem letzten Treffen verstorbenen Kollegen, verwies auf die Mitgliederzahl von 138 Kollegen, von denen 31 mehr als 50 Jahre dem Verband angehören. In diesem Zusammenhang kam auch die Praxis der Ehrungen langjähriger Mitglieder zur Sprache, die in den Kreisverbänden unterschiedlich gehandhabt wird.

Schulter und Schramm gingen auf die Themen ein, die in der letzten Zusammenkunft im vergangenen Jahr zur Sprache kamen, wiesen auf den verbesserten Haftpflichtschutz hin und betonten nochmals die Bedeutung der Vorsorgevollmacht. Breiten Raum nahm die ausführliche Darstellung des Urteils des BVerfG zur Absenkung der Versorgungsbezüge ein. Schulter hob aber auch die positiven Aussagen des Urteils hervor, in denen immer wieder auf die umfassende Ali-

mentationspflicht des Dienstherrn hingewiesen wird. Diskutiert wurde über die beabsichtigte „wirkungsgleiche“ Umsetzung der Änderungen im Rentenrecht auf die Beamtenversorgung und über die mögliche Gefährdung des Beamtenstatus der Lehrer. Schramm dankte dem Kollegen Schulter für seine Ausführungen und für seine Bereitschaft, sich für die Belange der Ruheständler einzusetzen.

Nach der Rückkehr der Besucher bei Goebel und gemeinsamem Kaffeetrinken schloss die Veranstaltung am späten Nachmittag. *B. Schramm*

Personalien

Wir gratulieren im August ...

... zum 86. Geburtstag
Neumaier, Engelbert, 28.08.
87629 Füssen, KV Allgäu

... zum 85. Geburtstag
Kielmann, Erika, 12.08.1
90451 Nürnberg, KV Mfr.-Nord
Kollmannsberger, Hans, 24.08.
93098 Mintraching, BV München
Sadowsky, Walter, 17.08.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd

... zum 84. Geburtstag
Zappe, Michael, 11.08.
85774 Unterföhring, KV Obb.-Südwest

... zum 83. Geburtstag
Kremerskothen, Josefine, 26.08.
93096 Köfering, KV Regensburg
Sauer, Arnulf, 22.08.
97204 Höchberg, KV Würzburg

... zum 82. Geburtstag
Zeitler, Rudi, 08.08.
91322 Gräfenberg,
KV Bamberg-Forchheim

... zum 81. Geburtstag
Herrlein, Alois, 20.08.
93179 Brennbach, KV Donau-Wald
Jopke, Annemarie, 29.08.
86529 Schrobenhausen,
KV Obb.-Nordwest

Liebscher, Gerhard, 07.08.
85049 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest
Ponn, Bartl, 24.08.
83471 Berchtesgaden,
KV Traunstein-BGL
Rauh, Ludwig, 23.08.
95028 Hof, KV Ofr.-Nordost
Süß, Wilhelm, 31.08.
81735 München, BV München

... zum 80. Geburtstag
Ippisch, Hermann, 16.08.
92421 Schwandorf, KV Schwandorf
Kittner, Hans-Joachim, 28.08.
84524 Neuötting,
KV Altötting-Mühlendorf
Sailer, Maria, 12.08.
89407 Dillingen, KV Nordschwaben
Söffler, Georg, 09.08.
91459 Markt Erlbach, KV Mfr.-Nord

... zum 75. Geburtstag
Baur, Robert, 31.08.
86899 Landsberg, KV Obb.-Südwest
Götz, Luise, 23.08.
97318 Kitzingen, KV Würzburg
Herrmann, Hans, 09.08.
82398 Polling, KV Landshut
Zeiler, Eberhard, 10.08.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd

... zum 70. Geburtstag
Elfein, Bernd, 09.08.
97318 Kitzingen, KV Würzburg
Fischer, Lothar, 17.08.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord
Neubauer, Hansotto, 30.08.
91301 Forchheim,
KV Bamberg-Forchheim
Pöhlmann, Herbert, 22.08.
91207 Lauf, KV Mfr.-Nordwest
Rahn, Richard, 24.08.
91484 Sugenheim, KV Würzburg
Schmitt, Ulrike, 19.08.
97531 Theres, KV Main-Röhn
Wagner, Siegfried, 14.08.
88161 Lindenberg, KV Allgäu

... zum 65. Geburtstag
Arnold, Georg, 29.08.
81333 München, BV München
Eder, Wolfgang, 16.08.
89420 Höchstädt, KV Nordschwaben
Effenberger, Erich, 10.08.
84034 Landshut, KV Landshut
Fugmann, Eva, 31.08.
83684 Tegernsee, KV Obb.-Südwest

Käb, Klaus, 31.08.
84307 Eggenfelden, KV Ndb.-Ost
Kämmier, Hermann, 11.08.
96123 Litzendorf-Naisa, KV Bamberg-Forchheim
Knäble, Eckhard, 11.08.
97616 Bad Neustadt, KV Main-Röhn
Köhler, Franz, 12.08.
63768 Hösbach, KV Untermain
Müller, Sigmund, 05.08.
95445 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz
Mürbeth, Josef, 28.08.
92660 Neustadt, KV Obf.-Nord
Nübling, Imelda, 09.08.
86152 Augsburg, KV Augsburg
Reinhart, Helmut, 31.08.
91781 Weissenburg, KV Mfr.-Süd
Schnabl, Ulrich, 20.08.
81547 München, BV München
Steinhardt, Wolfgang, 25.08.
81241 München, BV München
Wawra, Peter, 21.08.
85053 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest
Wild, Dieter, 30.08.
87435 Kempten, KV Allgäu

... zum 60. Geburtstag
Brunner, Hermann, 05.08.
91732 Merkendorf, KV Mfr.-Süd
Daffner, Konrad, 03.08.
84051 Essenbach, KV Landshut
Laubmeier, Ludwig, 01.08.
82054 Sauerlach, BV München
Mühlbauer, Norbert, 01.08.
93051 Regensburg, KV Regensburg
Rutz, Günther, 26.08.
83620 Feldkirchen/Westerh,
KV Nordschwaben
Sackmann, Friedrich, 02.08.
89284 Pfaffenhofen, KV Augsburg
Schwägele, Günter, 08.08.
86343 Königsbrunn, KV Augsburg
Spandl, Anton, 20.08.
93449 Waldmünchen, KV Cham
Toback, Kathrin, 25.08.
82402 Seeshaupt, KV Obb.-Südwest
Westiner, Klaus, 12.08.
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach

Wir gratulieren im September ...

... zum 95. Geburtstag
Durst, Hermann, 03.09.
87668 Rieden-Zellerberg, KV Allgäu

... zum 87. Geburtstag

Pönnner, Elisabeth, 08.09.
90763 Fürth, KV Mfr.-Nord

... zum 86. Geburtstag

Langer, Arnold, 22.09.
97209 Veitshöchheim, KV Würzburg
Weigand, Ernst, 14.09.
97478 Knetzgau, KV Main-Rhön

... zum 85. Geburtstag

Gleissner, Max, 20.09.
81377 München, BV München,
Pirkel, Eleonore, 30.09.
84130 Dingolfing, KV Landshut

... zum 84. Geburtstag

Eicher, Eduard, 22.09.
84494 Neumarkt, St. Veit,
KV Altötting-Mühldorf
Grolig, Ingeborg, 02.09.
87634 Obergünzburg, KV Allgäu
Haase, Kurt, 27.09.
86899 Landsberg, KV Obb.-Südwest
Kellner, Martin, 15.09.
80939 München, BV München
Zappe, Michael, 11.08.
85774 Unterföhring,
KV Obb.-Südwest

... zum 82. Geburtstag

Krahmer, Walter, 24.09.
92237 Sulzbach-Rosenberg,
KV Amberg-Sulzbach
Meyer, Heinrich, 16.09.
95158 Kirchenlamitz,
KV Ofr.-Nordost
Sonntag, Ursula, 06.09.
95339 Neuenmarkt,
KV Ofr.-Nordwest
Starklauf, Irmgard, 15.09.
86159 Augsburg,
KV Nordschwaben

... zum 81. Geburtstag

Bruha, Dagmar, 17.09.
95652 Waldsassen, KV Untermain
Fink, Friedrich, 24.09.
93183 Kallmünz, KV Regensburg
Götz, Anton, 09.09.
93051 Regensburg, KV Regensburg
Scherm, Walter, 29.09.
88505 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest
Schubert, Gertrud, 10.09.
96465 Neustadt, KV Ofr.-Nordwest
Steiner, Emil, 01.09.
97318 Kitzingen, KV Würzburg

... zum 80. Geburtsstag

Dr. Klaus, Karl, 11.09.
90451 Nürnberg, KV Nürnberg
Schäffler, Friedrich, 01.09.
87545 Burgberg, KV Allgäu
Schmid, Agathe, 03.09.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu
Titz, Gunther, 23.09.
89407 Dillingen,
KV Nordschwaben

... zum 75. Geburtsstag

Beer, Erich, 13.09.
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach
Bihler, Günther, 14.09.
86163 Augsburg, KV Augsburg
Kempf, Albrecht, 05.09.
63785 Obernburg, KV Untermain
Kohl, Leonore, 25.09.
83253 Rimsting, BV München
Poller, Johannes, 20.09.
96317 Kronach, KV Ofr.-Nordwest
Schmidt, Franz, 17.09.
86356 Neusäß, KV Augsburg
Städtler, Helene, 13.09.
86153 Augsburg, KV Augsburg
von Hugo, Bernd, 29.09.
97082 Würzburg, KV Würzburg

... zum 70. Geburtsstag

Weigand, Alfred, 16.09.
86163 Augsburg, KV Augsburg
Weigand, Charlotte, 13.09.
90518 Altdorf, KV Mfr.-Nord

... zum 65. Geburtsstag

Dressler, Evi, 16.09.
92334 Berching, KV Neumarkt
Jörck, Dieter, 02.09.
89168 Niederstotzingen,
KV Nordschwaben
Junge, Ursula, 16.09.
90562 Heroldsberg, KV Nürnberg
Kohn, Hannelore, 24.09.
90403 Nürnberg, KV Nürnberg
Krauss-Pellens, Werner, 24.09.
82152 Krailling, BV München
Krinner, Günther, 08.09.
85598 Baldham, BV München
Krisch, Dieter, 23.09.
92331 Lupburg, KV Neumarkt
Kuhla, Peter, 16.09.
94315 Straubing, KV Donau-Wald
Maier, Werner, 16.09.
91207 Lauf, KV Nürnberg
Pfeufer, Helmut, 10.09.
91781 Weißenburg, KV Mfr.-Süd

Ringholz, Holger, 29.09.
85307 Paunzhausen, KV Obb.-Nordwest
Sedlmair, Christa, 23.09.
81549 München, KV Obb.-Südwest
Sterr, Gerhard, 25.09.
94315 Straubing, KV Donau-Wald
Stöfel, Oswald, 25.09.
96482 Ahorn/Witzmannsberg,
KV Ofr.-Nordwest
Vogelsgang, Eugen, 02.09.
86183 Augsburg, KV Allgäu
Wiedemann, Gallus, 13.09.
86482 Aystetten, KV Augsburg
Willibald, Xaver, 27.09.
83646 Wackersberg-Arbach,
KV Obb.-Südwest
Zeller, Josef, 19.09.
85567 Grafing, Obb.-Nordwest
Zierhut, Christa, 10.09.
97084 Würzburg, KV Würzburg

... zum 60. Geburtsstag

Frank, Berta, 28.09.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord
Hocheder, Günther, 06.09.
82008 Unterhaching, BV München
Kusebauch, Reiner, 17.09.
97618 Hohenroth, KV Main-Rhön
Lang, Josef, 09.09.
92718 Schirmitz, KV Opf.-Nord
Müller, Beate, 30.09.
81247 München, KV Obb.-Südwest
Schäfer, Gerhard, 27.09.
85452 Moosinning, KV Obb.-Nordwest
Schildmann, Josefine, 06.09.
82008 Unterhaching, BV München
Weber, Wolfgang, 10.09.
97204 Höchberg, KV Würzburg

In den Ruhestand sind gegangen ...

Betzler, Adalbert, KV Allgäu
Canstein, Claus, BV München
Dressler, Evi, KV Neumarkt
Effenberger, Erich, KV Landshut
Fröhlich-Kiauka, Sabine,
KV Altötting-Mühldorf
Fugmann, Eva, KV Obb.-Südwest
Gebauer, Helmar, KV Ofr.-Nordwest
Jörck, Dieter, KV Nordschwaben
Kaiser, Hans-Joachim, KV Main-Rhön
Knäble, Eckhard, KV Main-Rhön
Kuhla, Peter, KV Donau-Wald
Morhardt, Ernst, KV Allgäu

Mürbeth, Josef, KV Opf.-Nord
Schnabl, Ulrich, BV München
Steinhardt, Wolfgang, BV München
Stöbel, Oswald, KV Ofr.-Nordwest
Vogelsgang, Eugen, KV Augsburg
Wagner, Lotar, KV Opf.-Nord
Weindl, Margarete, BV München
Wild, Dieter, KV Allgäu
Zeller, Josef, KV Obb.-Nordwest

Wir trauern um ...

Döllfelder, Annemarie,
KV Bayreuth-Pegnitz (77)

Hartmann, Rudi,
KV Bayreuth-Pegnitz (50)
Harzmann, Gertrud,
KV Bamberg-Forchheim (83)
Hesse, Margarete, KV Mfr.-Nord (66)
Merz, Walter, KV Mfr.-Süd (70)
Ritter, Hansgeorg,
KV Nordschwaben (71)
Rückschloß, Johann,
KV Donau-Wald (78)
Schnabel, Wolfgang, KV Würzburg (52)
Sammer, Wenzel, KV Würzburg (86)

Termine

Intensivbehandlung akuter Stimmstörungen

Termin: 3. bis 16. September 2006
Ort: SBBZ Coburg der
Medau-Schule, Schloss
Hohenfels, 96450 Coburg

Hinweis: Die Intensivbehandlungen sind Akutbehandlungen, für die der behandelnde Arzt i. d. R. eine Dienstunfähigkeitsbestätigung ausstellt. Die Behandlungskosten sind beihilfefähig und werden von den Krankenkassen nach Antragstellung übernommen. Weitere Kurse: Stimm- und Sprechtraining für Lehrkräfte. Ferientherapie für Schüler bei Sprachentwicklungsstörungen: www.ferientherapie.info
Nähere Informationen:
Tel.09561-23510; Fax 09561-35134
E-Mail: logopaedie@medau-schule.de; www.sbbz-coburg.de

Die drei Säulen Ihres Erfolges

↓

RW-Trainer

↓

- Üben mit System
- Immer topaktuell
- Lehrplankonform
- Viele Übungsaufgaben

↓

Für Wirtschaftsschulen in Bayern

↓



↓

Skripten A, B, C

↓

Weitere Infos im Internet:
www.skriptendienst.de

- Alle Skripten ab September 2006 mit 19 % USt! (außer 10. Klasse)
- Berücksichtigung steuerrechtlicher Änderungen ab 01. Juli 2006.
- Gestaltung aller Belege nach Neuregelung der §§ 14, 14a USt-Gesetz und neuester DIN 5008.

Bei Bestellung eines Klassensatzes erhalten Sie das zugehörige Lehrerheft + 1 Schülerheft kostenlos mitgeliefert, so dass Ihnen keine weiteren Kosten entstehen. Lehrerhefte können nur von Lehrkräften gegen Nachweis bezogen werden.

Autorenverzeichnis

- Allmansberger, Peter**
ISB, Schellingstr. 155, 80797 München,
Tel.: 089-21 70-2211
- Gneiser, Hans-Peter**
BS, Bodenseestr. 45, 87700 Memmingen,
Tel.: 083 31-9790-0
- Dr. Kellner, Gerhard**
BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden,
Tel.: 09 61-2 06-0
- Lambl, Wolfgang**
stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
und Hauptpersonalrat, Gramschatzer
Ring 6, 97222 Rimpf, Tel.: 093 63-5278
- Leischner, Dietmar**
Robert-Koch-Str. 10, 85521 Ottobrunn,
Tel.: 089-6083610
- Schorer, Eva**
BBZ, Schützenstr. 32, 97702 Münnerstadt,
Tel.: 09733-8119-23
- Schulter, Berthold**
VLB-Seniorenbeauftragter, Weiltstr.
66, 80935 München, Tel.: 089-38584084
- Stark, Bernhard**
BS, Bodenseestr. 41, 87700 Memmingen,
Tel.: 083 31-9649-0
- Thiel, Peter**
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn,
Tel.: 09 31-707691
- Wolf, Michael**,
WS, Bodenseestr. 41, 87700 Memmingen,
Tel.: 083 31-9649-0



www.die-berater.net



Kompetenz für Ihre Schule

Angebot

Sie wollen Ihre Schule entwickeln zum

- ◇ Dienstleister für hochqualitativen Unterricht
- ◇ Anbieter auf dem Aus- und Weiterbildungsmarkt
- ◇ Unternehmen mit Außenwirkung – auch international

Unsere Module

- ◇ Schule als Unternehmen
- ◇ Public Relations an Schulen
- ◇ Public Private Partnership
- ◇ Lernortkooperation mit Handwerk + Industrie + Wirtschaft
- ◇ Schulpastoral
- ◇ Gesunde Schule
- ◇ Internationale Partnerschaften

Entwicklung durch Partnerschaft

Kontakt: baeumler.m@bswen.de
kellner.g@bswen.de

